kommunistische hochschulzeitung

Erscheint 8 mal jährlich. Einzelpreis 3.- Jahresabonnement incl.Porto (8 Nummern): 34.- im Inland, 40.- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an MLS Wien, 1080, Mölkergasse 3 oder telefonisch: (0222) 42 16 625. Einzahlung auf Konto Nr.BAWAG Zentrale 024 31 211; Erlagschein folgt mit der ersten übersandten Nummer.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation (MLS). Für den Inhalt verantwortlich: Herbert Veranic; Alle: 1080, Wien, Mölkergasse 3. Druck: Alois Wieser Ges.m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

HERAUSGEGEBEN VON DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN STUDENTENORGANISATION/WIEN

PREIS 3.- MAI 1976

Wählt kommunistische und fortschrittliche Studienrichtungsvertreter!

Am 1. und 2. Juni werden die Studienrichtungsvertreter gewählt. Bei dieser Wahl kann es für die Studenten nur um dieselbe Frage gehen, die sich aufgrund der gesamten gesellschaftlichen und politischen Entwicklung immer schärfer stellt:
Welchen Weg soll man gehen, welche Politik soll man machen angesichts des wachsenden Aufschwungs des Befreiungskampfs der unterdrückten Völker und der internationalen Arbeiterbewegung einerseits und der immer stärkeren Fäulnis des Imperialismus andererseits, der Verschärfung der Ausbeutung und Ausplünderung der arbeitenden Massen durch die österreichische Kapitalistenklasse und die Verstärkung ihrer politischen Reaktion hier und des beginnenden Aufschwungs des Klassenkampfs der Arbeiterklasse und Volksmassen da; angesichts der reaktionären Formierung der Hochschulen und des wachsenden Drucks auf die Studenten:
Soll man sich den Interessen der Kapitalistenklasse und der reaktionären Politik ihres Staates unterordnen und sich letztlich auf deren Seite schlagen- oder soll man den Weg des Kampfes gegen ihre reaktionäre Politik auf der Hochschule und in der ganzen Gesellschaft gehn, dessen Perspektive nur im Bündnis mit dem Kampf der Arbeiterklasse um Demokratie und Sozialismus liegen kann. Gerade diesen fortschrittlichen Weg haben im letzten Jahr immer mehr Studenten beschritten und der Aufschwung der fortschrittlichen Studentenbewegung hat sich fortgesetzt.

GEGEN DIE VERSCHLECHTERUNG DER LAGE DER STUDENTEN!
GEGEN DIE REAKTIONÄRE FORMIERUNG DER HOCHSCHULEN!

Die politische Reaktion der Bourgeoisie entfaltet sich in der ganzen Gesellschaft und auch auf der Hochschule. In einer Zeit der verschärften wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Krise des Imperialismus, muß es der Bourgeoisie darum gehen, Wissenschaft und Ausbildung noch direkter in den Griff zu bekommen, die Studenten mehr denn je abzurichten auf die Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln und der herrschenden Ausbeuterordnung. Von Tag zu Tag wächst aber unter den Studenten die Ablehnung dieser Ausbildung, die Ablehnung ihres Ziels und der hinter ihr stehenden Interessen. Denn die Masse der Studenten, die selbst besitz-

Fortsetzung S. 2



Mehr als 1000 Studenten waren gekommen, um gegen die Veranstaltung des RFS zur Unterstützung der Minderheitenfestellung zu protestieren. Das SP-Innenministerium reagierte auf seine Weise: Hundertschaften der Polizei rückten zum Schutz des RFS aus. SIEHE S. 2



Eine neue breite Stipendiendemonstration ist notwendig!

Nach wie vor ist das Ministerium nicht bereit, irgendwelche Zahlen über seine großartig angekündigte Stipendiennovelle anzugeben, der ZA der ÖH teilt nach monatelangen "Verhandlungen" mit dem Ministerium mit, daß er überhaupt nichts Konkretes über die Pläne der Regierung sagen kann. Immer deutlicher zeigt sich: Weder Ministerium noch ÖH-Führung trauen sich mit dem realen Inhalt der Novelle an die Öffentlichkeit. Offensichtlich plant das Ministerium folgendes:Die Veröffentlichung des Entwurfs für die Novelle bis in die Sommerferien hinauszuschieben, dann im Sommer den Entwurf von der ÖH ein Monat begutachten lassen und Anfang Herbst, ehe die Studenten recht wissen, wie ihnen geschieht, rasch eine völlig unzureichende Veränderung der Stipendien im Parlament über die Bühne gehen zu lassen. Die Studenten dürfen auf diese Taktik des Staates nicht hineinfallen, wir dürfen uns keinen Tag länger hinhalten lassen. Um zu verhindern, daß jetzt der Staat seinen alten Plan, die Stipendien nur kosmetisch zu korrigieren, in aller Ruhe durchführt, muß unbedingt noch rechtzeitig vor den Ferien, also Mitte Juni - wenn irgend möglich unter Teilnahme der ÖH und verschiedener Studentenorganisationen -, **ein** neuer Kampfschritt organisiert werden.

Nach der Stipendiendemonstration am 6. April versuchte das Ministerium etwas geschickter als bisher vorzugehen. Es wurde recht still um den "Härtefonds", der von den meisten Studenten als Augenauswischerei erkannt worden war, und auf einmal wurde in der Arbeiterzeitung eine Meldung über eine bevorstehende Stipendienerhöhung lanciert. Auch die Hochschülerschaft spielte das Spiel mit und versicherte, daß ihr das Ministerium bereits eine saftige Stipendienerhöhung versprochen habe. Mittlerweile ist klar, daß das alles Manöver waren. Als das zentrale Stipendienkomitee versuchte der Sache nachzugehen undnach mehreren Versuchen endlich an den zuständigen Beamten kam, erfuhr es, daß noch keine Zahlen bezüglich einer Stipendienerhöhung festgelegt sind. Diese sollten - so hieß es - aber am 13. Mai bekanntgegeben werden. Als sich das Komitee aber nach dem 13. Mai beim ZA der ÖH erkundigte, mußte es hören, daß die Festlegung von Zahlen abermals verschoben worden sei. Der Vorsitzende der ÖH, Karasek, lehnte die Einberufung einer Hörerversammlung, auf der die ÖH über die Verhandlungen

Fortsetzung S. 3

Aus dem Inhalt

Massiver Protest gegen Antislowenenhetze und Minderheitenfeststellung

Der neofaschistischen Provokation des RFS gegen die Minderheiten trat am 18.5. eine breite Front von Studenten entgegen. Eine angemeldete Kundgebung der Studenten gegen die Veranstaltung des RFS mit dem reaktionären Erbguttheoretiker Scrinzi im NIG wurde von der Polizei brutal niedergeknüppelt und die Räume der Universität den deutschnationalen Schlägerbanden überlassen. Mit Stahlhelmen und Knüppeln ausgerüstete Hundertschaften der Polizei riegelten das NIG hermetisch gegen den Demonstrationszug von mehr als tausend Studenten ab. Nach einer Kundgebung, die klar auf die Verantwortlichkeit der sozialdemokratischen Regierung und der Polizeiführung für die antidemokratischen Ausschreitungen hinwies, bewegte sich der Demonstrationszug zum Ballhausplatz, um dort den Protest gegen das Vorgehen der Polizei und die Unterstützung der deutschnationalen Kräfte auszudrücken.

Es hat dies schlagend gezeigt: Die gesamte Bourgeoisie steht fest hinter der reaktionären Minderheitenfeststellung. Nicht nur haben sich alle drei Parlamentsparteien geeinigt - die Bourgeoisie ist gewillt, mit Einsatz ihres Gewaltapparats und brutalem Vorgehen gegen Gegner der Minderheitenfeststellung den Widerstand gegen diese Maßnahme niederzuknüppeln und zu zerschlagen. Das ist der Grund für das Vorgehen der Exekutive.

Zugleich aber hat die Demonstration von über 1.000 Studenten gezeigt, daß die Bewegung gegen das reaktionäre Vorhaben der Regierung stärker wird. So wurde die Demonstration zu einer machtvollen Kundgebung gegen die politische Reaktion der Bourgeoisie, gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der SP-Regierung. Dagegen hat auch der Zentralausschuß der ÖH in einer Presseerklärung protestiert. Dem hat sich der Hauptausschuß angeschlossen.



Die breite spontane Beteiligung an der Demonstration hat gezeigt, daß im Kampf gegen die Minderheitenpolitik der österreichischen Bourgeoisie, im Kampf für die volle Gleichberechtigung der Minderheiten, eine noch stärkere Bewegung möglich ist.

Daher wird am Montag den 31.5. eine Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung stattfinden.

TREFFPUNKT: Kaufhaus STAFA Mariahilferstraße
ZEIT: 17 Uhr
ABSCHLUSSKUNDGEBUNG: 19[h] beim Bundeskanzleramt

Fortsetzung v.S. 1

StRV - Wahlen ...

los ist, und in ihrem künftigen Beruf lohnabhängig sein wird, kann kein Interesse an einer Tätigkeit im Dienste der Kapitalisten gegen die Werktätigen haben, mit denen sie doch das Schicksal teilt, allen Wechselfällen der krisenhaften und reaktionären Entwicklung des Kapitalismus ausgeliefert zu sein. So ist es nur natürlich, daß der Zwang und Druck auf die Studenten immer mehr verstärkt wird, um die Ziele der bürgerlichen Hochschulausbildung sicherzustellen. Gegen diese reaktionäre Politik hat die Studentenschaft sich bereits zur Wehr gesetzt. Mehr als bisher muß sie sich fest zusammenschließen und einheitlich und konsequent gegen den bürgerlichen Staat und seine Vertreter auf der Hochschule kämpfen. Dabei geht es heute vor allem um folgende Forderungen:

- GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DES DRUCKS, DER KONTROLLE UND WILLKÜRLICHEN SELEKTION IM STUDIUM!
- GEGEN DIE EINSCHRÄNKUNG DER FREIHEIT DER KRITIK UND AUSEINANDERSETZUNG IM LEHRBETRIEB, GEGEN DIE STREICHUNG VON LEHRAUFTRÄGEN UND LEHRVERANSTALTUNGEN DIE VON DEN STUDENTEN GEFORDERT WURDEN!
- GEGEN DIE VERSCHÄRFUNG DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG! GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG DER KRITIK IN DEN LEHRVERANSTALTUNGEN!
- GEGEN DEN ABBAU DES STIPENDIENWESENS! 1.200.— FÜR ALLE MEHR! 50% ERHÖHUNG DER BEMESSUNGSGRUNDLAGE!
- GEGEN DIE ERHÖHUNG DER HEIM-UND MENSAPREISE!
- GEGEN DIE EINSCHRÄNKUNG DER RECHTE DER STUDENTENVERTRETUNG: FÜR EINE STUDENTENVERTRETUNG MIT VOLLEM IMPERATIVEM UND POLITISCHEM MANDAT! FÜR VOLLE FINANZ- UND SATZUNGSHOHEIT!

GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG!
GEGEN DIE POLITISCHE REAKTION DER BOURGEOISIE!

Sowohl in der Auseinandersetzung um Wissenschaft und Ausbildung als auch im Kampf gegen die Reaktion auf der Hochschule tritt deutlicher denn je hervor, daß die Ursache aller Übel und Knechtschaft in der Ausbeutung des Proletariats durch die Bourgeoisie und im kapitalist. Privateigentum an Produktionsmitteln liegt. Ebenso tritt klar hervor, daß die wichtigste Front der Kampf des Volkes gegen den bürgerlichen Staat, den Garanten zur Aufrechterhaltung dieser Zustände für Demokratie und Freiheit ist. Die Studenten müssen ihren Kampf auf der Hochschule in diesem Zusammenhang stellen.

Noch viel wichtiger ist es aber, den politischen Zusammenschluß weiterzutreiben zur organisierten Teilnahme am allgemeinen Kampf des ganzen Volkes gegen Reaktion und Imperialismus. Heute schon nehmen viele Studenten an diesem Kampf teil und unterstützen den Klassenkampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus und für Sozialismus. Gegenwärtig stehen dabei folgende Fragen und Forderungen im Vordergrund:

GEGEN DIE ABWÄLZUNG DER KRISENLASTEN AUF DIE ARBEITERKLASSE UND DAS VOLK!
GEGEN REALLOHNABBAU UND KAPITALISTISCHE RATIONALISIERUNG
GEGEN DIE STAATLICHE AUSPLÜNDERUNGSPOLITIK!
GEGEN DIE MINDERHEITENFESTSTELLUNG UND DAS GEPLANTE VOLKSGRUPPENGESETZ - VOLLE SPRACHENRECHTE FÜR DIE SLOVENEN UND KROATEN IN ÖSTERREICH!
VOLLSTÄNDIGE STREICHUNG ALLER ABTREIBUNGSPARAGRAPHEN!
WEG MIT DER WEHRGESETZNOVELLE!
KEINE VÖESTPROJEKTE IN SÜDAFRIKA UND RHODESIEN!
ÖSTERREICH RAUS AUS DER INTERNATIONALEN ENERGIEAGENTUR!

Im Kampf um solche Forderungen wird die Arbeiterklasse das Volk zusammenschließen und sie auf den Sturz der Kapitalsherrschaft vorbereiten. Mit dem Sturz des Kapitalismus werden auch die Hemnisse für die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung fallen. Die soziale Revolution schafft die Voraussetzung, daß die Wissenschaft tatsächlich in den Dienst des Volkes gestellt werden kann. Die einzige wirkliche Perspektive für die Masse der Studenten kann es daher nur sein, den Klassenkampf des Proletariats zu unterstützen, an seiner Seite an ihm teilzunehmen und gemeinsam mit ihm für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und für die sozialistische Revolution zu kämpfen. Daher:

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES
VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DEN SIEG DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION!

Zugleich müssen die Studenten im internationalen Klassenkampf Partei ergreifen für die aufsteigenden Kräfte des Fortschritts und des Sozialismus, gegen die untergehenden Kräfte von Reaktion und Imperialismus:

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!
GEGEN DAS HEGEMONIESTREBEN UND DIE KRIEGSVORBEREITUNGEN DER SUPERMÄCHTE USA UND SOWJETUNION!
ES LEBE DER KAMPF DER VÖLKER DER WELT GEGEN KOLONIALISMUS, RASSISMUS IMPERIALISMUS UND SOZIALIMPERIALISMUS!

Die Bourgeoisie und ihre politischen Vertreter auf der Hochschule kämpfen dagegen, daß die Masse der Studenten diesen Weg einschlägt. Dabei spielen auch die bürgerlichen und reformistischen Studentengruppen eine wichtige Rolle. Die ÖSU hat sich bereits in allen wesentlichen politischen →

Fortsetzung v.S.1

Stipendien...

berichten und Rechenschaft ablegen sollte, mit der Begründung ab, daß gegenwärtig nichts, was berichtet werden könnte, vorliege. Es würde Anfang Juni etwas beschlossen werden. Selbst der Vorsitzende der Fakultätsvertretung der Philosophischen Fakultät (UNI), Schillhab, meinte, daß die Regierung augenscheinlich den Kampf der Studenten ignorieren wolle und nicht mehr auf die Stipendien draufgeben will, als sie bereits im derzeitigen Budget an zusätzlichen Mitteln vorgesehen hat und daß angesichts dieser Tatsachen härtere Kampfschritte notwendig wären. Es sieht also ganz danach aus, daß die Pläne der Regierung am ehesten dem entsprechen, was man bereits um Weihnachten in den Zeitungen lesen konnte: Erhöhung der Höchststipendien nur um ein paar hundert Schilling.

FÜR EINE BREITE AKTIONSEINHEIT

Wir dürfen uns nicht länger hinhalten lassen. Die Bedingungen sind günstig dafür, eine möglichst breite Demonstration zustande zu bringen. Nach der letzten Stipendiendemonstration werden es sich diesmal KSV und VSSTÖ hoffentlich besser überlegen, ob sie einen gemeinsamen Kampfschritt ablehnen. Auch die ÖH, die gegenwärtig unter dem Vorwand, es würde ohnehin verhandelt, jede Aktion ablehnt, müssen wir auffordern, sich am Kampf zu beteiligen. Sehr wichtig für die Organisierung eines einheitlichen Kampfes ist nach wie vor die Arbeit von selbständigen Komitees an den verschiedenen Instituten und Hochschulen, an denen alle Kollegen, die für eine ausreichende Stipendienerhöhung eintreten, teilnehmen sollen. Wir müssen dem Staat vor Augen führen, daß die Studenten nicht auf seine Tricks und Manöver hineinfallen, daß sich die Kampffront verbreitert und daß die Studenten nach wie vor auf den gerechten Forderungen beharren.

UNSERE FORDERUNGEN SIND GERECHT!

Wegen der Verschlechterung der Lebenslage vieler unbemittelter Studenten und insbesondere wegen der Entwertung der Stipendien durch die Inflation ist das Ausmaß der Stipendienerhöhung, wie es auf der letzten Demonstration gefordert wurde, absolut notwendig:

- ERHÖHUNG ALLER STIPENDIEN UM 1200.- S ZEHN MAL IM JAHR!
- ERHÖHUNG ALLER BEMESSUNGSGRUNDLAGEN UM 50%!

Wichtig ist auch die Forderung nach Lockerung des Leistungsnachweis. Denn der Staat nützt die Abhängigkeit, in der sich die unbemittelten Studenten, die auf die staatliche Unterstützung angewiesen sind, aus, um sie besonders an die Kandarre zu nehmen. Ist das Stipendium bei den Studien, die nach dem alten System ablaufen, an den Notendurchschnitt gebunden, so hängt es bei den Studienzweigen, bei denen schon die neuen Studienordnungen gelten, an der zeitgerechten Erfüllung der Studienpläne. Damit kommen die betroffenen Kollegen in besondere Gefahr, aus dem Studium rauszufliegen, weil sie es sich nicht mehr leisten können, wenn sie einmal im Curriculum hängen geblieben sind. Eine freie Wahl des Studienablaufes wird mit einem Stipendium unverträglich. Bezeichnenderweise will die Regierung bisher über diesen Punkt nicht mit sich reden lassen, will sie doch die Studenten immer stärker in die Zange nehmen; bezeichnenderweise hat die ÖH-Führung die Forderung nach Aufhebung der Bindung der Stipendienvergabe an Notendurchschnitt und Studienplan praktisch fallengelassen. Auffällig ist auch, wie sich der KURIER gerade über diese Forderung mokierte, denn sie drückt gewissermaßen aus, daß viele Studenten keineswegs die Absicht haben, das, was die Bourgeoisie als Leistung bezeichnet, was aber in Wirklichkeit nur Schikanierung, Unterwerfung unter die bürgerliche Ausbildung, Selektion und Kontrolle ist, freiwillig auf sich zu nehmen:

+ LEISTUNGSNACHWEIS ALLEIN DURCH POSITIVE ABSOLVIERUNG EINER BESTIMMTEN SEMESTERWOCHENSTUNDENANZAHL. NEUFESTLEGUNG MIT ZUSTIMMUNG DER STUDENTENVERTRETER. KEINE BINDUNG AN DEN NOTENDURCHSCHNITT UND AN DEN STUDIENPLAN!

Die oben genannten drei Forderungen wurden von den Stipendienkomitees besonders in den Vordergrund gerückt. Aber auch auf andere wichtige Forderungen dürfen wir nicht vergessen: Um die Einheit mit unseren ausländischen Kollegen herzustellen, müssen wir fordern:

+ VOLLE EINBEZIEHUNG DER AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN IN DIE STAATLICHE STUDIENFÖRDERUNG, SOFERN SIE SOZIAL BEDÜRFTIG SIND!

Gegenüber der bürokratischen Schikanierung:

+ VEREINFACHUNG DER STIPENDIENVERGABE! KONTROLLE DURCH DIE STUDENTENVERTRETER!

H.S.

Fragen als Verteidiger der kapitalistischen Ordnung betätigt. Und in Hochschulfragen zielt ihre Politik auf eine Rückendeckung des Staates und der Regierung ab. Sie rechtfertigt ihre Taktik immer mit dem demagogischen Argument, daß durch ruhiges Verhandeln und sinnvolle Reformen den Studenten eine sinnvolle berufliche Tätigkeit und ein angenehmes Leben im Kapitalismus gesichert werden könne. Das dient nur dazu, die Studenten ideologisch an die Bourgeoisie zu fesseln. Die Politik der REFORMISTEN UND REVISIONISTEN besteht ebenfalls darin, von der Notwendigkeit abzulenken, daß der Hauptschlag gegen die SP-Regierung als dem gegenwärtigen Hauptträger der Reaktion in der ganzen Gesellschaft und auch an der Hochschule zu führen. Der VSSTÖ, offener Vertreter der SP unter den Studenten, versucht seine Politik hinter einer radikalen Demagogie von Reformvorschlägen zur allmählichen Beseitigung der Übel des Kapitalismus ohne grundlegende Umwälzung zu verstecken. In der Praxis läuft seine Politik immer auf die Kapitulation vor der Reaktion hinaus. Bei den Revisionisten kommt noch dazu, daß diese die fortschrittliche Studentenbewegung zur Manövriermasse der KPÖ in ihrem Kampf um Posten und Anerkennung durch die herrschende Klasse sowie zur Manövriermasse für die aggressive Aussenpolitik des russischen Sozialimperialismus machen möchte. Daher:

KEIN VERTRAUEN IN DIE BÜRGERUND REFORMISTISCHEN STUDENTENGRUPPEN!

Mit diesem Aufruf wendet sich die MLS an die Masse der Studenten und schlägt ihr vor, auf der Linie der hier skizzierten Politik im nächsten Jahr die politisch selbständige Studentenbewegung fortzusetzen und zu vertiefen. Zugleich rufen wir die Studenten auf, solche Genossen und fortschrittliche Kollegen zu wählen, die bereit sind, ihre Kollegen für diese Politik zu mobilisieren und zu organisieren. Denn die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Studienrichtungsvertretungen in der Hand fortschrittlicher Studenten zu einem wichtigen Instrument bei der Entfaltung der Kämpfe und Bewegungen der Studenten werden können.

WÄHLT FORTSCHRITTLICHE UND KOMMUNISTISCHE STUDENTEN IN DIE STRVs!

Gespräche mit Bauarbeitern über die Stipendiendemonstration

Nach der Stipendiendemonstration ging ich, mein Transparent geschultert, heimwärts am Ring Richtung Oper. Bei der Nationalbibliothek wurde mir von einigen Bauarbeitern schon von weitem zugerufen: "Na-war's erfolgreich?", "Wollt's viel Geld aber nichts arbeiten?" (Die letztere Frage halb im Spaß stellend). Ich sagte: "Wir arbeiten auch, im Sommer sowieso, unterm Jahr müssen wir aber den Eltern in der Tasche liegen, weil mit 15oo.-kann niemand leben. Das kriegt einer, dessen Eltern 5o.ooo.- im Jahr verdienen. Stell dir das vor, wenn deine Kinder studieren, die kriegen heute kein ausreichendes Stipendium, obwohl sie's brauchen würden." "Als ich auch noch erklärte, daß wir sehr wohl für einen Erfolgsnachweis sind, und wir den Porschefahrern unter den Studenten kein Stipendium erkämpfen wollen, gaben sie mir voll recht. Insgesamt waren sie sehr freundlich zu mir, was sie offensichtlich hauptsächlich interessierte, war: Kann man durch Kampfschritte Erfolge erzielen? Nachdem eine Flasche Bier die Runde gemacht hatte, ("Vom vielen Schreien mußt du ja ganz ausgetrocknet sein") gingen die Fragen weiter: "Glaubt's ihr, daß ihr Erfolg habt's?", "Was hat der Kreisky gesagt?", "Wie ist das so unter sovielen feinen Leuten?", "Warum soviel Kieberei?"", Was macht's denn jetzt?"

Nach einiger Zeit zog ich weiter. Ich kam bis zum Schillerplatz. An einer Seitengasse rief mir ein burgenländischer Bauarbeiter zu: Wofür habt's denn demonstriert? Auch er fand unsere Demonstration nach 2,3Erklärungssätzen für voll berechtigt. Er meinte, es ist richtig und notwendig für seine Interessen auf den Tisch zu hauen. "Habt's recht, kämpft's um höhere Stipendien, wir kümmern uns um unseren Lohn, den brauchen wir auch höher!""Was mir gefällt ist, daß ihr euch auf die Hinterfüß stellt's und beim Kreisky ordentlich anklopft's!" Ich war insgesamt angenehm überrascht, mit wieviel Sympathie die Arbeiter unserem Kampf gegenüberstehen, wenn man die Mißverständnisse mit einigen Sätzen aus dem Weg geräumt hat.

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN

Erscheint 12mal jährlich. Einzelpreis S 4.-, Jahresabonnement inkl. Porto (12 Nummern) S 60.- im Inland, S 70,- im Ausland. Bestellung durch Zuschrift an. KB - Wien, 1070 Halbgasse 12, oder telefonisch: (0222) 93 83 37.

Redaktionsschluß: [illegible] Erscheinungstermin: [illegible]
Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070

Impressum: Herausgeber, Eigentümer, Verleger: Kommunistischer Bund Wien, Für den Inhalt verantwortlich: Karl Peter Schwarz. Alle: 1070 Wien, Halbgasse 12.
Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1070 Wien, Halbgasse 12.

Der VSStÖ oder die Kunst der »linken« Fassade

Unter dem durchaus berechtigten Titel "Viel Lärmen um nichts" berichtet der VSStö in der "rotpress" über den SP-Parteitag 1976. Traurig konstatiert die Studentenorganisation der Regierungspartei dort, daß die SPÖ heute nicht mehr als die Partei des Klassenkampfes zu betrachten sei, vielmehr handle es sich um eine "reformistische Partei". Dieser bedauerlichen Entwicklung gegenüber hätten einige Delegierte auf dem Parteitag die Notwendigkeit einer Reideologisierung der Partei gefordert. Diese sei notwendig, um die Voraussetzung für "antikapitalistische Reformen" "im Einverständnis mit dem Rechtsempfinden des Volkes" zu schaffen. Diese "Bewußtseinsreform" nicht vorangetrieben zu haben, sei denn auch das zentrale Versäumnis der SP-Regierung.

Der VSStö glaubt offensichtlich, seine Leser seien nicht ganz bei Trost. Hat die SPÖ doch tatsächlich in den 6 Jahren, die sie jetzt auf der Regierungsbank sitzt, eine ganze Reihe von "Reformen" durchgeführt, hat diese Regierung in Wirklichkeit doch eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet. Es fragt sich nur, welchen Charakter diese Reformen gehabt haben und dieser Frage weicht der VSStÖ geflissentlich aus. Es genügt an dieser Stelle, auf die wesentlichsten Gesetzesreformen der REgierung hinzuweisen: das Arbeitsverfassungsgesetz, das eine weitere Knebelung der Lohnabhängigen und ihrer Vertretungsorgane mit sich bringt; das Ausländerbeschäftigungsgesetz, das die ausländischen Arbeiter zu rechtlosem Arbeitsvieh für die Kapitalistenwillkür degradiert; die geplante Minderheitenfeststellung; das UOG; nicht zuletzt die umfassende Landesverteidigung, die als Verfassungsbestimmung Grundlage der jetzt geplanten Wehrgesetznovelle ist. (vgl. auch Artikel im KLASSENKAMPF Nr.5/76)

Man kann also, wenn man die Regierungstätigkeit Kreiskys und seiner "Genossen" betrachtet, mit Recht sagen, daß diese Partei heute die Speerspitze der politischen Reaktion der Bourgeoisie bildet. Die ganze Propaganda der Regierung ist darauf ausgerichtet, der Arbeiterklasse und den Volksmassen die reaktionären Reformen als "Demokratisierung", als "im Interesse der sozialen Sicherheit" und dergleichen mehr zu verkaufen. Kurz gesagt, die Besonderheit der Regierung Kreisky besteht darin, den Ausgebeuteten und Unterdrückten die Verschärfung der Unterdrückung und Ausbeutung als sozialen Fortschritt zu verkaufen.

Trotz des weitgehenden Einflusses dieser Regierung auf die Massen (was ja ihre besondere Brauchbarkeit für die Bourgeoisie ausmacht), muß eine solche Politik in die Krise geraten, kann sie auf Dauer doch nicht die Tatsachen aus der Welt schaffen. Gerade die Weltwirtschaftskrise der letzten zwei Jahre hat die Regierungspartei und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung vor die Aufgabe gestellt, Lohnraub und Ausplünderung zu organisieren, um das österreichische Finanzkapital konkurrenzfähig zu machen. Kein Zweifel kann bestehen, daß dies den Sozialdemokraten auch gelungen ist, indem sie die Gewerkschaften auf eine Linie der Kapitulation gezwungen haben und die staatliche Ausplünderung gewaltig gesteigert haben. Aber der VSStö will dieser Erfolge nicht so recht froh werden, weiß er doch, daß noch so viel "Freundschafts"-Geschrei nicht bewirken kann, daß die werktätigen Massen sich nicht auf die Dauer das Fell zur höheren Ehre von Kreisky und Co über die Ohren ziehen lassen werden. Dazu kommt noch die Tatsache, daß die SPÖ kein Monopol auf soziale Demagogie mehr besitzt, gleicht sich doch das äußere Auftreten von SPÖ und ÖVP immer mehr an, ist die Situation doch schon so, daß der Bankmensch Taus heute schon fast genauso "glaubwürdig" erscheint, wenn er von den Interessen der arbeitenden Menschen und vom sozialen Fortschritt spricht, wie Kreisky selber.

Diesen Abnützungserscheinungen entgegenzuwirken, all jenen, die sich Klarheit über den reaktionären Charakter der SP-Regierung verschaffen, Sand in die Augen zu steuen und sie an die SP zu binden – diese Rolle fällt dem VSStÖ zu. Auch SP-Funktionäre "an der Basis" leisten in dieser Hinsicht aufopferungsvolle Arbeit. Was aber tun, wenn es die eigene Regierun g ist, die den Lohnraub organisiert, die Ausplünderung verschärft und ein reaktionäres Gesetz an das andere reiht?

Folgende "Alternativmöglichkeiten" bieten sich an: Den einen Teil der Regierungsmaßnahmen verschweigt man, beziehungsweise, wenn man ihn erwähnt, macht man die soziale Demagogie Kreiskys mit. Die zweite Methode besteht darin, daß es ja letzten Endes doch nicht die Regierung sei, die an allem Schuld ist – so z.B. die Wirtschaftskrise, die "von draußen in der WElt kommt". Die dritte Methode besteht darin, die schwarze und braune Reaktion an die Wand zu malen, so von der Regierung abzulenken und so zu tun, als bestünde das Ziel der Arbe iterbewegung und aller fortschrittlichen Menschen darin, die SP-Regierung und"ihre Reformen" vor der "finsteren Reaktion" zu schützen.

Es werden Beispiele gewünscht ? Nun denn ! Vergeblich wird man in den VSStÖ Publikationen die "Reform"des Ausländerbeschäftigungsgesetzes oder des Arbeitsverfassungsgesetzes finden. Auch eine einvernehmliche Verabschiedung der "umfassenden Landesverteidigung durch SP, VP und FP fand keine Beachtung seitens des VSStÖ. Bei der Fristenlösung stand der VSStÖ allerdings Gewehr bei Fuß und lobte die Abschaffung des alten Klassenparagraphen ... der neue ist für den VSStÖ keiner mehr. Kein Wunder,ist der SP gerade das Betrugsmanöver mit der Fristenlösung am besten gelungen.

Was die Schuld der Regierung an der Wirtschaftskrise anbelangt, so muß man der SP zugute halten, daß sie das menschenmögliche unternimmt, um das österreichische Finanzkapital für den harten Konkurrenzkampf "draußen in der Welt" mit Steuergeldern auszurüsten. Dieses Feld der Agitation wird vom VSStÖ allerdings auch der Regierung überlassen. Absolut bestimmend für die Politik des VSStÖ ist der Fall Nr.3, er bildet das Rückgrat seiner Arbeit an der Hochschule und die GRundlage seiner "linken" Phraseologie.

Stellvertretend seien zwei Fragen herausgegriffen.
"Der Fall SEitelberger". Vor nicht allzulanger Zeit startete der VSStÖ eine Kampagne gegen den Rektor der Wiener Universität, Seitelberger. Der VSStÖ enthüllte, daß Seitelberger ehemals Mitglied einer SS- Einheit war. Außerdem stellte der VSStÖ fest, daß Seitelberger in seiner Praxis als Rektor Tendenzen zeige, die demokratischen Rechte der Studenten abzubauen.

So weit, so gut ! Tatsache ist: Seitelberger war unter den Nazis ein Reaktionär, er ist heute noch ein Reaktionär – nur leistet er heute seine Dienste nicht mehr den Nazis sondern heute fungiert er an der Uni als Handlanger des SP- Ministeriums.

Daß an der Spitze dieses Ministeriums eine "Parteigenossin" des VSStÖ sitzt, daß das UOG, das Seitelberger die gesetzliche Grundlage für seine Angriffe auf die politischen Rechte der Studenten liefert, von der SP erdacht und beschlossen wurde, haben wir dem VSStÖ vorgehalten und wir haben uns die Freiheit genommen, die Kampagne des VSStÖ, die ausschließlich Seitelberger gegolten hat, als betrügerisches Ablenkungsmanöver zu bezeichnen. Das "Entsetzen" über soviel sogenannte "Polit-Schrulligkeit" unsererseits vernebelte den Blick des VSStÖ so weit, daß er in der letzen Nr. der "rotpress" aus einem Angriff auf den VSStÖ flugs eine Verteidigung des Rektors konstruierte.

Noch klarer enthüllt den Charakter dieser Organisation ihr Auftreten zur Wehrgesetznovelle. Diese Novelle bewegt sich auf der Grundlage des von SP,VP und FP einhellig beschlossenen "Gesetzes für die umfassende Landesverteidigung", das ein Teil der Verfassung ist. Die Novelle wurde im Ministerrat, in dem ebenfalls fast nur "Genossen" sitzen, auf Vorschlag Lütgendorfs beschlossen.

Man sollte meinen, das Gesetz sei Teil der reaktionären Politik der Regierung Kreisky – liest man aber ein Flugblatt des VSStÖ, wird man eines besseren belehrt. Vom "Mordssteher" Lütgendorf ist dort die Rede, von der "Lü-Novelle", nur nicht von der Regierung und der Partei, die diese Politik betreibt. Und einmal im Seiltanzen begriffen, wird der VSStÖ ob soviel eigener Kühnheit gleich übermütig: Der VSStÖ begrüßt die Demonstrationen gegen die Novelle, da er aber die Dinge in größeren Zusammenhängen sieht, ist er selber zur Zeit nicht abkömmlich, da er all seine Kräfte in den Dienst der sozialistischen Arbeiterjugendorganisationen wirft. Leicht fällt unseren "Mordsstehern" die Sache ja nicht, aber letztlich muß doch die "moralische Verpflichtung" der politischen Vernunft geopfert werden. Um das eine kommt man nicht herum. Der VSStÖ ist schlichtweg vor dem Machtwort des Parteivorstandes zu Kreuze gekrochen. Und wie man heute weiß, hat die SP-Führung das gar nicht entsprechend gewürdigt, sondern die Beteiligung des VSStÖ an der Protestaktion gegen die antislovenische Hetzveranstaltung der Faschisten an der Uni und gegen die geplante Minderheitenfeststellung zum Anlaß genommen, um die "Eingebundenheit" des VSStÖ in die Partei vorübergehend zu suspendieren, seine Mitglieder zu erpressen und damit eine offene Warnung an alle anderen sozialdemokratischen Organisationen auszusprechen.

Wahrlich kein guter Dank dafür, daß der VSStÖ bei jedem Schritt, wenn es nur irgendwie geht, der Reaktion im Reformgewand der SP in die Hände zu arbeiten.

Dennoch wird der VSSTÖ seines Lebens nicht froh, weiß er doch, daß die Verschärfung der objektiven Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat den Klassenkampf verschärfen wird und dieser sich notwendig gegen die Politik der SP richten muß. Eine solche Entwicklung wird allerdings gerade den "linken"Aushängeschildern der SP den Garaus machen und da die Kollegen vom VSStÖ nicht wissen, ob sie sich die heiß ersehnten Plätze

Die ÖSU - eine Bande von Saboteuren

Am Tag der Demonstration für höhere Stipendien,am 6.4.,mobilisierte das Komitee Architektur TU sowie das Komitee TU vor der Technik für die Demonstration.Um 12.15 h war Abmarsch der Techniker in Richtung Uni. Ca. 2oMinuten vor Abmarsch kamen plötzlich die ÖSU-Leute.Diese hatten bis dahin keinerlei Mobilisierung unternommen,und das wollten sie auch jetzt nicht,im Gegenteil:Sie begannen ein Flugblatt zu verteilen mit der Überschrift:"Die ÖSU hat die Stipendienerhöhung durchgesetzt."In diesem wurde suggeriert,alles sei bereits erkämpft.Von allen Leuten zur Rede gestellt,sagten sie:Es sei unnötig zu demonstrieren,man müsse das Verhandlungsergebnis abwarten,die Firnberg habe intern allen Forderungen von Studentenseite zugestimmt. Also,geht heim,und nicht demonstrieren.Bei genauerem Hinsehen, stand aber dann z.B. im Flugblatt":Jeder Studienbeihilfenbezieher...wird aller Wahrscheinlichkeit..bekommen"oder"Die Höchststudienbeihilfe..dürfte angehoben werden"etc.Also,Gerüchte,von denen die ÖSU-ler genau wußten,daß sie solche sind, bewußt von ihnen als solche in die Welt gesetzt,um die Kampfbewegung zu sabotieren.Abgesehen davon,daß den Studenten eine 3oo.-Erhöhung für die geforderte 12oo.-Erhöhung verkauft werden sollte.Als die ÖSU-ler sich auf diese Art gründlich als offene Saboteure und bewußte Lügner entlarvt hatten,zogen alle versammelten Kollegen in einem Demonstrationszug zur Uni.Zurück blieben die ÖSU-ler und-da schaust-einige KSV und VSSTÖ Sympathisanten.

Daß es der ÖSU wirklich nur um bewußte Sabotage der Bewegung ging,zeigt auch folgendes Beispiel:Die Komitees haben auf der TU zentral,vor und in der TU Plakate und Wandzeitungen zur Demonstration aufgehängt. Aufgrund personeller Schwächen taten wir das bei den Elektrotechnikern in der Gußhausstraße nicht.Die ÖSU plakatierte ihr besagtes Flugblatt am Tag der Demonstration.Wo? Nur dort,wo wir Plakate aufgehängt hatten. Die Architektur strotzte nur so von den rot-weißen Wischen der ÖSU,obwohl kein Architekturstudent organisierter,aktiver ÖSUler ist.Bei den Elektrotechnikern gibt es mehrere ÖSU-ler, die STRV etc.wird von der ÖSU dominiert.Dort hing nichts.Es ging der ÖSU also nicht einmal ansatzweise um "Information", sonst hätte sie alle Studenten informieren müssen,nein,es ging nur ums Abwiegeln.

P.R.

an der Sonne in Partei und Staat schon vorher erbuckelt haben, versuchen sie, diese Entwicklung aufzuhalten.

Obwohl etwas wirr im Kopf, haben diese Burschen dennoch einiges auf Lager. In dem am beginn erwähnten Artikel bemäkeln sie denn auch an Kreisky, er habe "keine Konzepte zur Teuerungsbekämpfung" und keine "sozialistische Wirtschaftspolitik" geliefert. Hallo, denkt man sich da - wenigstens solange man das Interview mit dem "kritisch sozialistischen Ökonomen" Prof. Rothschild noch nicht gelesen hat. (rotpress Nr.1/76)

Dieser Herr formuliert da Ansichten, die offensichtlich vom VSStö geteilt werden und so etwas wie eine "sozialistische Wirtschaftpolitik" sein sollen. Daß der gute Mann dabei vormarxsche, vulgärökonomische Ansichten besitzt, stört bei dieser Art "Sozialismus"nicht. Die Inflation scheint ihm z.B. zum Teil ein "Ausdruck von Verteilungskämpfen" zu sein, kurz die alte Lohn-Preis-Spirale taucht in "kritischer Form" wieder auf. Mehr Löhne - Höhere Preise...am besten würden die Arbeiter den Lohnkampf überhaupt vergessen. Nur stimmen tuts halt nicht.

Das Operieren mit Argumenten wie die Lohn- Preis-Spirale ist allerdings durchaus ein wichtiger Bestandteil der Politik Kreiskys. Lohnsenkungen sind dementsprechend sein Konzept der Inflationsbekämpfun

Das nächste, was Rothschild zu bieten hat, ist die Aufforderung, bei der Verteilung "öffentlicher Gelder" nicht nach dem Gießkannenprinzip vorzugehen, sondern dort zu investieren, wo die Struktur langfristig verbessert werden kann (natürlich um Arbeitsplätze zu sichern). Wie dies geschehen könnte? "Unternehmeraktivitäten, die in höhere Aktivität münden", müßten gefördert werden. Übersetzt man sich dies, bedeutet es genau das, was die Regierung heute betreibt: Milliarden an Finanzspritzen an die Kapitalisten, Strukturbereinigungen, die Förderung von Rationalisierungsinvestitionen - alles Maßnahmen, die die Last der Arbeiter erhöhen und Entlassungen be[illegible]lten. Offensichtlich ist alles, was der VSStö von der Regierung verlangt, eine Umbenennung der bisherigen Politik. Da dies aber auch nicht in der Absicht der Regierung liegt, konstatiert der VSStö:"Das Arbeitsfeld...ist größer geworden." Da das Arbeitsfeld die "linke" FAssade für eine reaktionäre Politik ist, muß man dem VSStö recht geben - nur daß jetzt die Gefahr besteht, daß er es auch umstrukturieren wird müssen, weil es schwer ist, eine Fassade zu bearbeiten, zu der man keinen Zugang hat.

K.B./Red.

Für eine revolutionäre Linie in der antimilitaristischen Bewegung

Vor zwei Wochen haben in Wien zwei Demonstrationen gegen die Wehrgesetznovelle stattgefunden. Die eine, am 11. Mai, wurde vom KB-Wien und seinen Organisationen getragen, die andere von der KPÖ, der sich die GRM, die FÖJ und der VSM angeschlossen haben. Im Rahmen der Vorgänge und Verhandlungen um diese zwei Demonstrationen wurden von der GRM Anschuldigungen gegen uns vom Stapel gelassen, von wegen Spaltertum usw

So hat die GRM an der Universität ein Flugblatt verteilt, das sich fast eine halbe Seite lang mit der Wehrgesetznovelle beschäftigte, die übrigen 1 1/2 Seiten mit dem Spaltertum der "Maoisten". Obwohl die GRM sich außerstande sieht ein inhaltliche Auseinandersetzung über die anstehenden Fragen zu führen, drücken ihre hysterischen Angriffe auf uns inhaltliche Positionen aus. Welches sind nun die Vorwürfe, die gegen uns erhoben werden?

1. Als erstes wird uns angekreidet, daß wir auf Plakaten schon bevor eine Aktionseinheitssitzung stattgefunden hatte, öffentlich einen Demonstrationstermin angekündigt hätten.

Unsere Position dazu ist folgende: Nach der Verabschiedung der Wehrgesetznovelle durch den Ministerrat haben sozialdemokratische Jugendorganisationen für die nächste Woche eine Demonstration gegen die Wehrgesetznovelle angekündigt. Der KB-Wien hat von Anfang an erklärt, eine solche einheitliche Demonstration zu unterstützen und in Flugblättern für eine solche Demonstration mobilisiert. Nach dem Verrat der Führung der SP-Jugendorganisationen am Montag, dem 3.Mai, wo die Führung dieser Organisationen erklärte, es fände keine Demonstration von ihrer Seite mehr statt, ergriff der KB-Wien die Initiative und machte öffentlich einen Vorschlag für eine Demonstration am Dienstag der kommenden Woche. Warum war es richtig ab jetzt einen solchen konkreten Vorschlag zu unterbreiten? Zweifellos gab es großen Unmut unter breiten Kreisen der Jugend, dieser Unmut drängte auf einen konkreten Schritt, um den vorhandenen Protest auf die Straße zu tragen. Jetzt noch zuzuwarten, hätte bedeutet, diesen Protest im Sand verlaufen zu lassen, da schon viel Zeit seit der Beschlußfassung vergangen war. Gleichzeitig haben wir öffentlich erklärt, am Freitag alle Organisationen, die bereit sind, einen solchen Kampfschritt zu unterstützen, zu einer Aktionseinheitssitzung einzuladen und für die Demonstration als Grundlage die Forderungen "Weg mit der Wehrgesetznovelle" und "Weg mit Lütgendorf" vorgeschlagen.

In der Folge haben wir uns bemüht, alle diese Organisationen zu einer Aktionseinheitssitzung zu bewegen. Besonders schwierig war dies bei der KPÖ, deren Stadtleitung partout immer gerade dann außer Haus war, wenn wir sie telefonisch zu erreichen suchten.

Als ein Genosse des KB-Wien in der Parteizentrale der "K"PÖ auftauchte, wurde ihm kurzerhand erklärt, man hätte keine Zeit für ihn. Hartnäckig wie die "maoistischen Spalter" sind, haben sie trotz dieser durchaus einleuchtenden Erklärung an ihrem Plan zu einer Demonstration festgehalten. Zu der Aktionseinheitssitzung am Freitag erschien dann auch kein Vertreter der KPÖ, anwesend waren Vertreter der GRM und der FÖJ. Diese lamentierten erst lang und breit über unsere Plakataktion, womit sie einmal mehr zum Ausdruck brachten, daß ihnen öffentliche Vorschläge zuwider sind. Wie alle bürgerlichen Politiker halten sie es für viel besser, Vorschläge nicht gleichzeitig an die Massen zu richten, geeigneter erscheint ihnen ein ruhiges und unbeeinflußtes Verhandlungsklima.

In den Verhandlungen selber erklärte dann der Vertreter der FÖJ, man solle noch zuwarten und ein Personenkomitee gründen, das dann eine Demonstration organisieren könne. Der Inhalt dieser Stellungnahme war offensichtlich kein anderer, als daß die FÖJ zur Zeit kein Interesse an einem öffentlichen Protest hatte. Die GRM wiederum meinte, sie könne bis Dienstag nicht voll mobilisieren, ein Argument, das aus dreierlei Gründen nicht als stichhaltig gelten kann. 1. Seit der Beschlußfassung der Novelle waren schon über zwei Wochen vergangen, seit unserem öffentlichen Vorschlag mehrere Tage. Hätte die GRM ein ernsthaftes Interesse gehabt, hätte sie diese Zeit längstens für diese Demonstration mobilisieren können. 2. Ohne der GRM nahetreten zu wollen, umfaßt der Rahmen ihrer Tätigkeit nicht solche Dimensionen, als daß es ihr nicht gelingen könnte, in relativ kurzer Zeit die Menschen, die mit ihrer Politik sympathisieren, aufzurufen. 3. Hat die Demonstration am Donnerstag gezeigt, daß es mit der Mobilisierung nicht so weit her war, umfaßte der Block von GRM, FÖJ und VSM kaum 100 Menschen.

Tatsächlich hat dieses Argument einen anderen Hintergrund. Zum einen waren die Trotzkisten beleidigt, daß wir einen öffentlichen Vorschlag verbreitet haben, wahrscheinlich glaubten sie, sie würden eine Perle aus ihrer Krone verlieren, wenn sie diesem Termin zustimmen würden. Zum anderen aber hofften sie noch immer darauf, daß die Revisionisten einen Termin herausgeben würden, dem sie sich kurzerhand anschließen würden. Letztlich war es ihnen aber zuwider, unter revolutionären Losungen gegen die Wehrgesetznovelle aufzutreten.

Die KPÖ nun brachte am nächsten Tag in ihrem Zentralorgan, der Volksstimme, einen Aufruf für eine Demonstration am Donnerstag, zu dem die KPÖ außer sich selber noch alle Sozialisten und Christen aufrief. Dieses Vorgehen bestätigte die Äußerung eines Favoritner KPÖ-Funktionärs, der uns gegenüber erklärte, die KPÖ würde mit antisowjetischen und entspannungsfeindlichen Kräften nicht zusammen demonstrieren. Um es klar zu sagen, die Demonstration am Donnerstag war eine KPÖ-Demonstration, zu der keine Aktionseinheit stattgefunden hat.

Dabei hat die KPÖ diese Demonstration erst so spät angesetzt, um sicher zu gehen, daß der KB-Wien und seine Organisationen sich nicht mehr beteiligen würden. Weder handelte es sich bei der Demonstration am Donnerstag um die Zusammenfassung all jener Kräfte, die gegen die Wehrgesetznovelle sind, noch handelte es sich um eine Aktionseinheit. Daß es die GRM, die FÖJ und der VSM vorgezogen haben, sich dieser KPÖ-Demonstration anzuschließen und zu höheren Ehren Muhris auf die Straße gingen, ist die Sache dieser Organisationen, von uns soll man so etwas nicht verlangen. Ist es nicht so, daß die KPÖ-Führung mittels Polizei dafür sorgen hätte können, daß ihnen nicht genehme Transparente unsererseits aus dem Zug genommen werden. Ist es nicht so, daß bei der KP-Demonstration lediglich der Alt-Demagoge Wimmer die Schlußansprache hielt, während die Trotzkisten und Spontis durch die Finger schauten.

Auch die Größe der Demonstration war keineswegs dazu geeignet, uns dazu zu bewegen solchermaßen erschwerte Bedingungen auf uns zu nehmen. Im Gegenteil ist es der KPÖ und den anderen beteiligten Organisationen nicht einmal gelungen, zu dieser Demonstration ihre eigenen Leute hinzubringen. Hätte die SJ, die JG und die Gewerkschaftsjugend zu einer Demonstration aufgerufen, auch ohne eine Aktionseinheit einzugehen, hätten wir uns selbstverständlich einer solchen Demonstration angeschlossen, um den Reformisten und Revisionisten die Führung der Massen streitig zu machen. Da die KPÖ-Demonstration aber nicht im geringsten Kräfte einbeziehen konnte, die über die Reihen dieser Organisationen hinausgingen, ja diese Demonstration nur 450 Menschen umfaßte, also schwächer als unsere Demonstration war, die ca. 550 Menschen umfaßte, von denen ein beträchtlicher Teil keineswegs in enger Beziehung zu unserer Organisation steht, hat sich unsere Vorgangsweise durchaus als richtig erwiesen.
Politisch dagegen war die Demonstration am Donnerstag voll und ganz durch die sozialpazifistische Linie der KPÖ bestimmt, und es zeigte sich sehr schnell, daß GRM und Konsorten sich nicht nur organisatorisch an die KPÖ anhängten, sondern auch politisch.
Keine einzige Losung wurde auf dieser Demonstration mitgetragen, die den Massen hätte zeigen können, auf welche Weise die Massen den bürgerlichen Militarismus revolutionär bekämpfen können. Vielmehr wurde eine bürgerliche Linie propagiert, die die pazifistische Haltung beinhaltete, es käme nur darauf an, für den Abbau des Bundesheeres einzutreten, womit man mit der Zeit dieses Instrument der herrschenden Klasse aushungern könnte. Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung hat dagegen hundertfach bewiesen, daß eine unterdrückte Klasse, die nicht nach Waffenbesitz strebt und um die Volksbewaffnung kämpft, sich nie und nimmer befreien kann.
Unsere Demonstration dagegen war voll und ganz von revolutionären Losungen bestimmt, von Losungen, die sich in der proletarischen Weltbewegung als geeignet erwiesen haben.

KEINEN MANN UND KEINEN GROSCHEN FÜR DAS REAKTIONÄRE BUNDESHEER!

FÜR DIE ALLGEMEINE VOLKSBEWAFFNUNG!

WAHL DER OFFIZIERE DURCH DIE SOLDATEN SELBST!

Fortsetzung S. 6

Forschungsaufträge des Innenministeriums

Seit 197o hat das Innenministerium mindestens 6 Aufträge mit rund 9oo ooo Schilling an verschiedene wissenschaftliche Institutionen vergeben.

Unter anderem:
"*Das Institut für Höhere Studien untersuchte 1972 Probleme der Rekrutierung und der Berufswahl bei der Wiener Sicherheitswache, um dem Personalmangel bei der Wr.Polizei abhelfen zu können*".
Kurz vor Weihnachten 1975 wurde das Institut für Konfliktforschung beauftragt, "*innerhalb eines Jahres eine Studie über die öffentliche Sicherheit in Österreich vorzulegen, wofür 25o ooo Schilling bereitgestellt wurden.*" (Österreichische Hochschulzeitung, 5/76)

Beschluß der STRV Pädagogik
Zur Wehrgesetznovelle

Die Studienrichtungsvertretung Pädagogik lehnt die von Minister Lütgendorf vorgeschlagene und vom Ministerrat gebilligte Wehrgesetznovelle ab und ruft die Pädagogik-Studenten auf, dagegen den Kampf aufzunehmen.

Diese Novelle ist ein Schritt der Reform des Bundesheeres, die eine Ausweitung des Militarismus mit dem Ausbau des militaristischen Kasernensystems bringen soll. Nicht nur auf die Frage der Zwangsverpflichtung von ca. 12% der Wehrdiener um 2 Monate über die "normale" Zeit hinaus dürfen wir unsere Aufmerksamkeit richten, sondern gleichwertige Maßnahmen sind die geplante Möglichkeit der 48-stündigen Kasernierung der Stellungspflichtigen und ihre Unterwerfung unter den militärischen Gehorsam, die Vorführung der Stellungspflichtigen durch die Militärpolizei und die Ausdehnung des Beurlaubtenstandes von 3 auf 6 Monate.
Die Wehrgesetznovelle ist sofort auf breiten Widerstand der antimilitaristisch eingestellten Kreise, insbesondere der Jugend gestoßen, der bis tief in die sozialdemokratischen Organisationen hineinreicht. Die Regierung und insbesondere auch Bundeskanzler Kreisky sind fest entschlossen, die Novelle rasch durchzubringen und haben diese Frage sofort zu einer Grundsatzfrage gemacht: Bekennt man sich zur Republik Österreich und zu ihrer Verteidigung oder nicht? Das hat die tiefgehende politische un ideologische Spaltung der a imilitaristischen Bewegung vetieft und ein gemeinsames Vorgehen der Gegner des Militarismus und der Wehrgesetznovelle erschwert.
In dieser Situation sind wir der Ansicht, daß es umso notwendiger ist, sich Klarheit über den Charakter der Republik Österreich , ihres Bundesheeres und eines heraufziehenden Krieges zu verschaffen.
Wir stellen dazu fest:
Das Bundesheer ist keine Armee des Volkes, es ist ein Instrument der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft nach innen und nach außen.Die Geschichte liefert dafür den Beweis ebenso wie die Tatsache, daß es sich um einen Apparat handelt, in den die Jugend hineingepreßt, der mindesten bürgerlichen Freiheitsrechte beraubt, in Kasernen vom übrigen Volk gesondert und der militärischen Disziplinargewalt unterworfen werden muß und bei dem insbesondere das Volk keine Kontrolle über das Kommando hat.
Bezüglich eines herannahenden Krieges stellen wir fest, daß gerade die Reform des Bundesheeres den Beweis liefert, daß die herrschende Klasse Österreichs durchaus rechnet und da es sich hierbei nicht um irgendwelche Sandkastenspiele handelt. Was den Charakter eines solchen Krieges betrifft, stellen wir fest, daß es sich dabei in der heutigen Situation niemals um einen gerechten Krieg handeln kann sondern nur um einen Krieg verschiedener imperialistischer Mächte--insbesondere der beiden Supermächte - um die Aufteilung der Welt.
Wenn man heute eine konsequente antimilitaristische Position einnehmen will, kommt man nicht darum herum, daß man sich Gedanken macht darüber, wie ein solcher Krieg verhindert werden kann.
Die herrschende Klasse Österreichs erwartet eine Auseinandersetzung zwischen dem westlichen Block der NATO und dem östlichen Block des Warschauer Paktes und macht kein Hehl daraus, daß sie die feste Absicht hat, das österreichische Volk auf seiten der NATO in eine solche Auseinadersetzung zu hetzen und zu zwingen, unter der Parole der "Verteidigung des Vaterlandes" zu kämpfen.
Wir stellen demgegenüber fest, daß das österreichische Volk keinerlei Interesse hat, als Kanonenfutter in einem solchen Krieg zu fungieren und daß es dem nur entgehen kann, wenn es seinerseits den Krieg gegen die herrschende Klasse führt mit dem Ziel ihres Sturzes.
In der Verbreitung dieser Ansicht besteht heute der konsequente Antimilitarismus und im konsequenten Kampf gegen den Militarismus der herrschenden Klasse.
Deshalb rufen wir die Pädagogikstudenten auf, sich an der Demonstration des KB-Wien gegen die Wehrgesetznovelle zu beteiligen.
WEG MIT DER WEHRGESETZNOVELLE !
WEG MIT LÜTGENDORF !

Die Demonstration des KB war geprägt von revolutionären Losungen, wie sie sich bisher schon in der proletarischen Weltbewegung bewährt haben.



Wehrgesetznovelle...

Fortsetzung v.S. 5
Die andere politische Beschränkung der Donnerstag-Demonstration läßt sich ebenfalls nur durch die Dominanz der KPÖ erklären. Sie bestand darin, daß die Zwecke der reaktionären Militärpolitik der österreichischen imperialistischen Bourgeoisie nur in der Reaktion nach innen, der Unterdrückung der revolutionären Volksbewegung gesucht wurden.
Jeder andere Gedanke, der zeigt, daß die Reaktion des österreichischen Imperialismus sich auch nach außen wendet, daß das Militärkonzept der österreichischen Bourgeoisie auf die Verfolgung ihrer imperialistischen Interessen in einem Krieg in Europa gerichtet ist, jeder solche Gedanke wird von der KPÖ als "entspannungsfeindlich" gekennzeichnet. Wenn man dieser Organisation gegenüber erwähnt, daß heute allseitig und schnell in Europa und von den USA und der Sowjetunion aufgerüstet wird und daß die Lage auf einen neuen Weltkrieg hintreibt, wird man als Kriegshetzer beschimpft. Wenn man dann, wenn Tatsachen ans Licht gebracht werden ein "Entspannungsfeind" ist, kann mit der Entspannung nicht viel los sein.
Verständlich wird dieses Verhalten der Revisionisten dann, bedenkt man, daß es gerade die Sowjetunion ist, die ihre Aufrüstung und ihre Kriegsvorbereitungen unter dem Deckmantel der "Entspannung" und der "historischen Friedenstendenz" treibt. Damit erweist sich die KPÖ (und ihr Anhang auf der Demonstration) nicht nur als Agent des Sozialimperialismus, sie leistet auch der österreichischen Bourgeoisie wertvolle Dienste, indem sie ihr durch und durch imperialistisches Wesen und ihren Unterdrückercharakter verschweigt. Voll und ganz ist so ihre Linie, die der Entwaffnung der österreichischen Arbeiterklasse und der Volksmassen vor ihrer herrschenden Klasse.

Die Demonstration des KB-Wien hat da eine anderer Haltung eingenommen, die in den folgenden Losungen zum Ausdruck kommt:
GEGEN DIE IMPERIALISTISCHE MILITÄRPOLITIK DER BOURGEOISIE!
ABZUG ALLER ÖSTERREICHISCHEN IM AUSLAND STATIONIERTEN TRUPPEN!
KAMPF DEN HEGEMONIEBESTREBUNGEN DES US-IMPERIALISMUS UND DES SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS!

Der Kampf gegen die Wehrgesetznovelle ist nicht zu Ende, im Gegenteil er muß verstärkt werden. Erfolgreich kann er aber nur auf einer revolutionären Linie geführt werden; der KB-Wien und seine Organisationen werden alles tun, um eine solche Linie in der antimilitaristischen Bewegung zu verankern.

Jes – Rom ging sang- und klanglos unter. Es wurde nicht wie Hellas besiegt, zerfetzt, verschlungen, es verunglückte nicht in der Kurve, es prallte mit niemand zusammen, es stürzte nicht ab und bekam keinen Herzschlag. — Es verfaulte. — Man hätte es retten können. Aber man gab ihm Opium, statt zu schneiden. Hören Sie, was die Ruinen, was die Säulenstümpfe auf dem Forum romanum rufen? Schönen Gruß an die Enkel. JOACHIM FERNAU

Dieses Zitat brachte die Jes in einer Agitationsbroschüre. Sie hat sich sicher nicht überlegt, wen es herauszu"schneiden"gilt aus dieser faulenden Gesellschaft, nämlich genau die Kräfte, die sie unter den Studenten vertritt.

Bodenkultur
Verbot der antifaschistischen Spanien ausstellung

Die Referate Kultur und Politische Bildung der ÖH-Bodenkultur hatten in der Woche vom 26.-29.4.1976 eine Plakat ausstellung zum Thema Faschismus in Spanien geplant. Die Plakate waren das Ergebnis eines Wettbewerbs an der Angewandten und Bildenden Kunst unter dem Motto "... schließlich wird doch das Volk das letzte Wort haben.!" Diese Ausstellung ist auch auf der TU und in Graz gezeigt worden. Es war geplant, die Plakate im Foyer des NIG der Bodenkultur auszustellen.

Universitätsdirektor Weiß sah sich stellvertretend für den Rektor die Ausstellung an, und zog dann mit Berufung auf den Rektor die Genehmigung zurück. Da sich die anwesenden Kollegen weigerten, die Ausstellung zu entfernen, ließ er sie von Bediensteten entfernen. Begründet wurde dieses Vorgehen mit sehr viel demagogischem Geschrei: die Ausstellung sei politisch und seit 100 Jahren sei keine politische Veranstaltung auf der BOKU gewesen. Ruhe und Ordnung dürften nicht gestört werden.

Bei einer Aussprache erklärte Rektor Frauendorfer: es handle sich um ein politisches Manifest gegen Spanien. Ein Land und eine Regierung, mit dem Österreich gute diplomatische Beziehungen unterhalte, dürfe nicht angegriffen werden. Überdies müsse man prüfen, ob die Hochschülerschaft solche Veranstaltungen überhaupt abhalten dürfe. Die ÖH hatte die Ausstellung nicht mit dem genauen Inhalt angegeben; wenn sie das getan hätte, wäre die Veranstaltung überhaupt nicht genehmigt worden.

Es ist also ziemlich klar, daß die Studenten sich das Recht auf freie politische Betätigung gemeinsam und gegen die Hochschulbehörde erreichen müssen.

Die Basisgruppe, eine Gruppe fortschrittlicher Studenten auf der BOKU, hat ein Flugblatt veröffentlicht, in dem diese Maßnahmen verurteilt worden sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Studenten das Recht haben müssen, sich unabhängig von der offiziellen Lehrmeinung eine eigene politische Meinung bilden zu können, und daß dieses Recht von allen Studenten gemeinsam erkämpft werden muß.

Auf dieses Flugblatt reagierte Universitätsdirektor Weiß mit der Androhung einer Klage bei Gericht. Das Flugblatt ist jedoch so verfaßt, daß es für ihn sehr schwer war, etwas Ehrenrühriges zu finden, und so stürzte er sich auf den Passus "..., und er (Weiß) ließ die Ausstellung von mehreren Bediensteten gewaltsam entfernen." Herr Weiß ist der Ansicht, daß eine Behörde nicht gewaltsam handeln kann. Es bleibt abzuwarten, ob er diese Stelle oder eine andere klagen wird. Überdies versuchte er, die Verantwortliche für dieses Flugblatt einzuschüchtern, und mit den Folgen zu drohen, die eine solche Klage für ihr weiteres Studium hätte.

Der nächste Schritt zur Bekämpfung dieses Verbotes ist eine Unterschriftensammlung für freie politische Betätigung an der Uni. Es wurden bereits 180 Unterschriften gesammelt.

Die ÖH der Bodenkultur hat gemeinsam mit der ÖH der Bildenden und Angewandten eine Resolution herausgegeben, in der festgehalten wird:

"Die Tatsache der Entfernung der Ausstellung durch den Universitätsdirektor ist ein offener Angriff

- auf die freie politische Betätigung der Studenten auf Hochschulboden
- auf das politische Mandat der Hochschülerschaft
- auf die Solidaritätsbewegung mit dem weiter anhaltenden Kampf der spanischen Völker gegen den Faschismus,

was die Unterzeichneten im Auftrag der Hauptausschüsse aus schärfste verurteilen und zurückweisen.

Weder dulden wir, daß uns Universitätsbehörden den Grad unserer Solidarität mit dem spanischen Volk vorschreiben bzw. uns die Solidarität erlauben, noch teilen wir ihre Einstellung darüber, ob und in welchem Sinne die politische Betätigung der Studenten auf Hochschulboden und das politisch Mandat der Hochschülerschaft genutzt werden soll.

Wir fordern:
- Keine Einschränkung des Rechtes auf freie politische Betätigung an der Universität für Bodenkultur!
- Keine Einschränkung des politischen Mandats der Hochschülerschaft an der Universität für Bodenkultur!
- Öffentliche Stellungnahme des Rektors der Universität für Bodenkultur zu den genannten Vorfällen!
- Das Bundesministerium soll zu der Vorgangsweise des Rektors und des Universitätsdirektors Stellung nehmen!"

Der Hauptausschuß der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Wien protestierte in einer Resolution an die Rektoratsdirektion der BOKU, in der es heißt, daß diese Vorgangsweise einen offenen Angriff auf die internationale Solidaritätsbewegung mit dem Befreiungskampf des spanischen Volkes darstellt. Die Resolution stimmt mit der der ÖH BOKU in den wichtigen Punkten überein.

Im Anschluß an die Spanien-Solidaritätsausstellung war eine Austellung über die Situation des Volkes in Persien geplant. Diese Ausstellung wird jetzt organisiert. Damit sie nicht verboten werden kann, ist breites Interesse und massiver Einsatz der Studenten auf der Bodenkultur notwendig. Die BOKU ist jedoch eine Universität, auf der ein ziemlich großer Prozentsatz der Studenten weit rechts stehen und die Beschlüsse des Rektors richtig finden. Es ist deshalb hier in verstärktem Maß die Solidarität der Studenten an den anderen Universitäten notwendig.

Wir fordern alle Kollegen auf, in ihren Gremien Solidaritätsaktionen zu fordern.

Basisgruppe BOKU



Gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft Kritische Universität (GAKU) fordert :

Einstellung der Prozesse gegen Teilnehmer an der Spaniendemonstration

Am ersten Prozeßteag gegen die Teilnehmer an der Spaniendemonstration des 2.1o.1975 protestiert die Gewerkschaftsgruppe GAKU der Gewerkschaft der Öffentlichen Bediensteten gegen den Versuch,die Spaniensolidarität zu kriminali sieren.

Im verlauf der Spaniendemonstration marschierten mehr als 15oo Antifaschisten zum Büro der staatlichen spanischen Fluglinie Iberia und brachten ihre Empörung über die Blutjustiz der spanischen Faschisten durch das Einschlagen der Fensterscheiben des Büros zum Ausdruck.

In der Resolution der GAKU heißt es : "Damals wurde in fast allen europäischen Hauptstädten gegen 5 Todesurteile ,ie in Spanien gegen antifaschistische Kämpfer verhängt wurden,demonstriert,wobei auch Botschaftsgebäude besetzt wurden.Die Vorfälle in Wien waren im Vergleich dazu geringfügig.Trotzdem war der Polizeieinsatz nach Augenzeugenberichten (was im Prozeß noch zur Sprache kommen wird) äußerst brutal und trotzdem wird nun der Versuch unternommmen,antifaschistische politische Aktivitäten zu kriminalisieren,indem 3 von etwa 15oo Demonstranten der Prozeß gemacht wird.

Unabhängig von den Details der Anklage glauben wir,daß mit diesem Prozeß (ebenso wie beim Prozeß gegen Kanonier ,der uns noch in frischer Erinnerung ist) ein innenpolitischer Zweck verfolgt wird, der uns gefährlich erscheint und gegen den wir protestieren.Denn diese Verhandlung soll allen politisch engagierten Leuten den Mut nehmen,sich offen zu deklarieren und auf die Straße zu gehen.Eine Warnung soll übermittelt werden: Der brave Bürger hat passiv zu sein,Initiative ist unerwünscht."

Am Schluß fordert die GAKU-Resolution "die Einstellung des Verfahrens gegen Teilnehmer an der Spaniendemonstration".

STRV Architektur

Offener Brief an Prof. Köpf

Am 2.4.1976 wurde von den ca. 75 anwesenden Architekturstudenten auf einer Hörerversammlung ein Beschluß zu Prof. Köpf (1. Diplomprüfungsgegenstand Baukunst) gefaßt. Prof. Köpf war auf der HV anwesend und versuchte ca. eine Stunde lang alles abzustreiten. Er sagte, daß er nie bei Prüfungen jemanden diskriminieren würde, weder Frauen noch südländische Ausländer. Wenn diese schlechter abschneiden, so deshalb, weil sie eben fachlich schlechter sind. "Ich kann nichts dafür, daß deren Schulsystem viel schlechter ist." "Diese Leute (gemeint sind v.a. Griechen, Perser, Türken) können ja nicht einmal dreidimensional sehen." Dieselben Reden hielt er schon vorher in seinen Vorlesungen. Er beendete sie immer wieder mit der provokatorischen, einschüchternden Frage: "Wer von ihnen wurde diskriminiert?" Sein Pech war, daß sich sowohl in der Vorlesung als auch bei der HV Kollegen meldeten, trotz zu befürchtender neuer Repressalien (es gibt zwei Prüfungsteile). Das ganze Prüfungssystem Prof. Köpfs ist durch extrem subjektive Beurteilung geprägt (Kleidung zählt, Aussehen zählt, Farbe des Zeichenstifts zählt, Popigkeit der Zeichnung zählt etc.). Auch das weiß jeder Student, genauso wie jeder um die starke Diskriminierung weiß (3mal Durchfallen für z.B. Griechinnen sind fest "die Regel"). Deshalb wurde die Resolution auch angenommen, trotz aller Beteuerungen. Warum haben die Architekturstudenten zu dem Mittel einer Resolution gegriffen, warum bringen wir die Sache an die Öffentlichkeit? Sicher nicht deshalb, weil anzunehmen wäre, daß man administrativ (Studienkommissionsbeschluß) Prof. Köpfs Methoden einstellen kann. Derartige Empfehlungen (nur solche kann die Studienkommission geben) hat sich Prof. Köpf schon vor Jahren "übers Bett gehängt", geändert hat sich dabei nichts. Aber die Architekturstudenten haben an ihm etwas anderes gelernt: Wichtig ist der Druck der Öffentlichkeit, so was ist ihm äußerst unangenehm. Um dem nicht neue Nahrung zu geben, steckt Köpf einige Zeit spürbar zurück. Nach einem Jahr oder eineinhalb braucht er wieder einen Schuß vor den Bug. So kann man die Lage für die Studenten erträglich halten, Prof. Köpf den Rassismus abgewöhnen, das werden wir ohnedies nie können. Um ihm unangenehm zu sein, werden wir auch einen gleichlautenden Antrag in der Studienkommission stellen. Der wird zwar sicher abgelehnt, aber es ist gut, wenn Köpf sieht, daß wir alle Mittel, die wir haben, gebrauchen, um ihn anzuprangern. Drum ging die Resolution auch ans Ministerium.

STRV-Architektur

BRIEF AN PROF. KÖPF

Die Hörerversammlung der Architekturstudenten hat am 2.4.1976 folgende Resolution mit überwiegender Mehrheit beschlossen:

1) Prof. Köpf - Inst. f. Baukunst u. Bauaufnahmen - wird aufgefordert, jegliche Diskriminierung von Studenten, insbesondere Ausländern und Mädchen, auch in der Praxis sofort einzustellen. Es geht nicht an, daß diese Kolleginnen und Kollegen unter erheblich verschärften Bedingungen ihre Prüfungen ablegen müssen, daß Beurteilungskriterien wie Nationalität, Klang des Namens, Geschlecht und Aussehen für die schriftliche bzw. mündliche Prüfung und ihre Bewertung oder die Länge der Reprobationsfristen ausschlaggebend sind.
   Derartige Repressionen - auch in ihrer Bedeutung als schleichender Numerus Clausus - weisen wir schärfstens zurück und fordern gleiche Prüfungsbedingungen für alle.

2) Im Rahmen seiner Stellungnahmen sicherte Prof. Köpf der Hörerversammlung zu, die in den meisten Fällen willkürlich und ungerechtfertigt langen Reprobationsfristen von bis zu 6 Monaten auf ein Minimum zu reduzieren, d.h. daß Reprobanden beim nächsten freien Termin zur Prüfung antreten können.

3) Daß die Bauaufnahmen primär dazu dienen, diverse Publikationen von Prof. Köpf zu schmücken, ist hinlänglich bekannt und allein schon an der Art der Planausführung erkennbar. Ebenso bekannt ist, daß dergleichen Arbeiten, durchgeführt von Zivilingenieurbüros, dem Auftraggeber (Städte, Gemeinden etc.) teuer zu stehen kommen, und daß Prof. Köpf in dieser Situation mit der äußerst billigen "Arbeitskraft Studenten" ein idealer Vertragspartner ist. Bekannt ist auch, daß die Studenten zwar in manchen Fällen eine Abfertigung erhalten, diese jedoch nicht einmal dem Arbeitsaufwand über die vorgesehene Stundenanzahl hinaus entspricht, geschweige denn die von den Studenten selbst getragenen Kosten (Reise, Verpflegung, etc.) deckt. Zweifelhaft ist darüber hinaus, daß Prof. Köpf seine (bzw. unsere) Arbeiten aus purem Idealismus veröffentlicht.

Wir fordern daher:

a) Anwesenheit und Mitspracherecht eines Studienrichtungsvertreters oder Studenten bei sämtlichen Verhandlungen über Bauaufnahmen mit jeglichem Auftraggeber.

b) Dem Aufwand entsprechende und kostendeckende Entschädigung. Bemessungsgrundlage ist die im Lehrplan fixierte Wochenstundenzahl (vier) eines Semesters.

c) angemessene Unterkunft und ausreichende Verpflegung (drei Mahlzeiten täglich) während der Exkursion.

d) bessere Vorbereitung vor und Betreuung während der Aufnahmearbeiten durch ausreichende Anzahl von Assistenten (ein Instruktor für 20 Kollegen ist zu wenig).

e) Beteiligung der Studenten an den aus den Publikationen bzw. anderen Vereinbarungen resultierenden Einnahmen.

ergeht an: Prof. Köpf
Studienkommission Arch.
Bundesmin. f. Wiss. u. F.
alle Architekturstudenten
(offener Brief)

Studienrichtungsvertretung
Architektur

»Lektor

...hieß es als zwei Monate nach der Beschlußfassung die Nichtverlängerung seines Lehrauftrages am Institut durch Zufall bekannt wurde. Sicher, in seinen Lehrveranstaltungen, einem Diskussionsparktikum in französischer Sprache, hat sich unter den Studenten eine lebhafte Diskussion über alle möglichen, allgemeinen und aktuellen Fragen der Politik und des gesellschaftlichen Lebens entwickelt. Die Themen werden von den Studenten selbst gewählt, keinem wird der Mund verboten, niemand wird seiner Anschauungen wegen beschimpft oder benachteiligt. Soweit sich Mangenot in die Debatte einmischt, tut er es mit durchwegs fortschrittlichen und kritischen Bemerkungen. An die Stelle von blindwütiger Streberei und Konkurrenz um die Zeugnisse ist das gemeinsame Interesse an den Diskussionsthemen getreten. All dies ist tatsächlich nicht üblich am romanistischen Institut und paßt nicht in das ansonsten vorherrschende Klima des Lehrbetriebes.
Kurz und gut, indem die Lehrveranstaltung darauf aufgebaut ist, die Initiative der Studenten zu fördern, lernen diese auf der einen Seite gut und lebendig französisch zu sprechen und beschäftigen sich andererseits mit der Gesellschaft, ihrer Krise, ihren Auswirkungen und suchen nach der Wurzel dieser Übel.
Natürlich bietet eine solche Lehrveranstaltung die besten Bedingungen für uns kommunistische Studenten, unsere Kollegen für die Anschauungen, Ziele und Kämpfe der Arbeiterklasse zu gewinnen.
Ebenso natürlich ist es, daß die Handlanger der Politik der Bourgeoisie und ihrer Regierungspartei auf der Universität darin eine große Gefahr sehen, und so wollen sie dieser (wie sie es nennen) "Unruhe" ein rasches Ende bereiten. Sie beantragten die Kündigung des Lektor Mangenot in der Fakultätskommission (einem Gremium aus Professoren der Phil.Fak.).
MANGENOT MUSS BLEIBEN !
Noch am Tag der Bekanntgabe dieses Beschlusses der Fakultätskommission gründeten etwa 30 Studenten des Romanistischen Institutes ein Kampfkollektiv und nahmen sofort die Arbeit unter den Kollegen in Angriff.
Nach 4 Tagen: 400 Unterschriften für den Verbleib Mangenots am Institut. In seinen Proseminaren einstimmige Verurteilung des Beschlusses und Bekräftigung der Aufforderung an die Professoren des Institutes, den Antrag auf Wiedereinstellung Mangenots in der Fakultätskomission einzubringen.
Nach einer Woche: Eine stürmische Hörerversammlung mit etwa 120 Studenten beschließt den Kampf verstärkt fortzusetzen. Die gewählten Studienrichtungsvertreter, die sich auf der Hörerversammlung als Vertreter der Professoren entpuppten, werden auf Beschluß der versammelten Studenten abgewählt und ihnen wird das Mißtrauen ausgesprochen. Woraufhin unsere Vertreter natürlich nicht abdanken, sondern sich in altbekannter Weise auf das "Vertretungsprinzip in unserer westlichen Demokratie" berufen- -das heißt, einmal gewählt, hat man das Recht zu tun und zu lassen, was man selbst für gut befindet. Die Studenten haben diese Haltung schärfstens verurteilt. Am nächsten Tag findet eine Protestveranstaltung am Institut statt.

Mangenot paßt nicht aufs Romanistische Institut«

DIE THEORIE VOM "KLEINEREN ÜBEL" - ODER: "DER SELBSTSTÄNDIGE KAMPF DER STUDENTEN STÄRKT DIE REAKTION"

Von den beiden Professoren, die Mangenot nicht mehr am Institut haben wollen, ist nun der eine ein Sozialdemokrat, der andere ein offener Reaktionär. Unser Kampf richtet sich gegen beide, beide müssen gezwungen werden, den Antrag auf Wiedereinstellung in der Fakultätskommission einzubringen.Hier gibt es kein "kleiners Übel". Der KSV ist jedoch anderer Meinung. Nachdem bereits mehr als eine Woche verstrichen war, ohne daß er eine Stellungnahme in der Sache abgegeben, geschweige denn sich aktiv an der Arbeit am Institut beteiligt hätte, tauchen ein paar Kollegen vom KSV plötzlich im Kollektiv auf. Um mitzuarbeiten ? Nein, um uns den "wohlgemeinten" Rat zu geben:
1. durch Kampf und Konfrontation kommt man nicht ans Ziel
2. indem man Prof. Pollak (den Sozaildemokraten)angreift, stärkt man die Rechte am Institut und 3. kommt es überhaupt und vorallem darauf an, daß sich alle "Linken" zusammen tun, um, in konstruktiver Manier eine fortschrittliche Perspektive am Institut zu suschen.

Auf der Uni, nicht anders als sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen -ist es heute die SPÖ, die unter dem Deckmantel der "Reformen" und der "Demokratisierung" die Unterdrückung und Kontrolle verstärkt und den staatlichen Gewaltapparatausbaut, kurz sie ist heute als Regierungspartei die wesentliche Trägerin der politischen Reaktion der Bourgeoisie -und dies verhält sich auf der Hochschule nicht anders, als in der ganzen Gesellschaft. Sie hat das UOG im Vorjahr beschlossen, sie hat die Studienreform in Angriff genommen, sie versucht mit allen Mitteln die Studenten fest an die Seite der herrschenden Klasse zu binden und sie zu willigen Ideologen und Verteidigern der kapitalistischen Ausbeuterordnung zu machen. Und die Phrasen von "Sozialismus und Demokratie" verdecken immer notdürftiger das wahre Gesicht dieser Partei.

Professor Pollak zieht in dieser Entwicklung mit. Er hält Lobreden auf das UOG, unterdrückt in seinen Vorlesungen alle Anschauungen, die nicht bei seiner sozialen Demagogie mitmachen und den unversöhnlichen Klassenwiderspruch in unserer Gesellschaft, zur Grundlage der politischen Einschätzung auch der SPÖ und ihrer Politik machen, trotz allem Gerede von "Kritik an den Lehrinhalten".

In dieser Situation vor einem Angriff gegen diese reaktionäre Politik zurückzuschrecken, die Verteidigung des Rechts auf Diskussionsfreiheit und uneingeschränkte politische Betätigung aufzugeben -das heißt die "Rechte zu stärken", und genau das wäre das Ergebnis eines Vorgehens a la KSV gewesen!

Die Kollegen vom Institut ließen sich nicht auf diese Linie vergattern und so verschwand der KSV wieder von der Bildfläche.

ERST ERFOLGE - EIN PROFESSOR ZEIGT SEINE "VERHANDLUNGSBEREITSCHAFT"

Angesichts der wachsenden Bewegung, macht der Gegner seinen ersten Schachzug. Prof. Hinterhäuser (er ist den Studenten als offener Reaktionär und wilder Verteidiger der "westlichen Ordnung und des Rechtsstaates" bekannt) setzt die freundliche Maske "demokratischer Gesinnung" auf und meint, wir sollten ruhig ihm die Sache überlassen, er würde das "schon"im Interesse aller Beteiligten" regeln. Vorallem aber sollten wir die "Ruhe bewahren" und das Ergebnis seiner Bemühungen abwarten. Er ist ein geschickter Taktiker! Für kurze Zeit gelingt es ihm so, der Bewegung der Studenten die Spitze gegen ihn zu nehmen und sie durch das so Warten zu lähmen.

Doch die Ergebnisse seiner "Bemühungen" lassen auf sich warten. Von Tag zu Tag vertröstet er die Studenten: er müsse noch mit dem Mittelbau eine Einigung erzielen, der zweite maßgeblich an der Sache beteiligte Prof. Pollak lasse nicht mit sich reden....aber wir haben ja noch Zeit, es brennt ja nicht... konkrete Zusagen aber macht er nicht. Als die Studenten aber durch Zufall erfahren, daß die Frist für die Einreichung des Antrages auf Wiedereinstellung in der nächsten Woche abläuft, wirft eine große Zahl der Studenten die Illusion über "Verhandlungen" über Bord.

Auf einer Institutsversammlung am Mittwoch den 5.5. wird die Durchführung eines Warnstreikes für Donnerstag den 6.5. beschlossen.

DER STREIK WAR EIN TEILERFOLG

Der Streik wird nicht lückenlos durchgeführt. Manche Kollegen lassen sich von den wütenden Beschimpfungen eines Professors einschüchtern. Manche haben ihre letzten Illusionen in die Verhandlungstaktik noch nicht aufgegeben. Aber der Großteil boykottiert die Vorlesungen und versammelt sich zu Mittag im großen Hürsaal des Instituts; mehr als 120 Studenten sind anwesend und diskutieren über ihr weiters Vorgehen.Die Klarheit über die Fronten am Institut ist gewachsen. Der Zusammenhang des "Falls Mangenot" mit der verstärkten Repression auf der ganzen Uni ist für viele deutlich geworden, die Kampfbereitschaft gewachsen.

Die Streikversammlung beschließt: -den Streik am Donnerstag aufrecht zuerhalten, - ihn dann auszusetzen, um die Studenten, die sich noch gleichgültig oder ablehnend verhalten, in die Kampffront miteinzubeziehen, - die endgültige Stellungnahme der Professoren am kommenden Mittwoch abzuwarten, -um dann im Falle eines negativen Bescheides, den Streik mit der geschlossenen Kraft aller Studenten des Institutes wiederaufzunehmen, bis unser Ziel die Wiedereinstellung Mangenots erreicht ist.

Eine Woche vergeht. Nach langem Hin und Her findet die STK-Sitzung statt. Prof. Hinterhäuser erklärt vor einer Delegation von Studenten, er werde den Antrag einbringen. Allerdings erst bei einer Fakultätskommissionssitzung, die Anfang Juni stattfindet. Wir haben den Fehler gemacht, uns zu lange immer wieder auf neue "Gespräche" vertrösten zu lassen, und nicht ultimativ auf die Einreichung dieser Fakultätskommissionssitzung hinzuarbeiten. Aber wir haben eine konkrete Zusage - und wenn wir jetzt nicht nachlassen in unserer Wachsamkeit und darauf drängen, daß dem Versprechen auch Taten folgen, sind die Aussichten auf einen endgültigen Sieg gut.

C.K
Zelle Romanistik

Anzeige Prof. BODZENTAs gegen 3 Kollegen zurückgezogen

Vor nicht ganz einem Jahr, Ende des Sommersemesters 1975, fand am Soziologischen Institut eine Institutsbesetzung statt. Die Kollegen protestierten damit gegen die Erpressung durch das Ministerium, entweder die neue Diplomstudienordnung anzunehmen, oder nicht mehr weiter studieren zu dürfen. Die Institutsbesetzung war ein aktiver Kampfschritt der Kollegen gegen Einführung der Diplomstudienordnung und gegen die damit einhergehende Verschlechterung der Studienbedingungen.

Seit dem Streik ist immer mehr Kollegen klar geworden, daß sich der Staat und die Universitätsbürokratie mit der Einführung der Diplomstudienordnung ein Mittel zur verschärften Kontrolle und Gängelung der Studenten verschafft hat. Mit dieser Studienordnung werden die einzelnen Studienabschnitte unter Aufsicht und Kontrolle gehalten. Die Zeugnisbestätigung durch das Rektorat soll der universitären Bürokratie weitgehenden Einblick in jeden Studienschritt der Kollegen geben.

All dies zeigt deutlich, daß der bürgerliche Staat seine reaktionären Studieninhalte nur mit Unterdrückung und stiller Gewalt in die Köpfe der Studenten befördern kann.

Auf diesem Weg ist diesen Herrn die Diplomstudienordnung Gold wert und so versuchten sie diese gegen den massiven Protest der Studenten durchzusetzen. Vorreiter dieser Politik war und ist der Vorstand des Instituts, Prof.Bodzenta, der sich als besonders treuer Diener des Ministeriums erwiesen hat.

Ebendieser erstattete nach dem Streik gegen drei Kollegen Anzeige wegen schwerer Körperverletzung und Hausfriedensbruch, um so den gerechten Protest der Studenten zu kriminalisieren.

Daß es Bodzenta tatsächlich um nichts anderes als um die Einschüchterung der Studenten zu tun war, zeigte sich daran, daß er heute diese Anzeige zurückgezogen hat, da seine Anschuldigungen vom ersten bis zum letzten Wort völlig aus der Luft gegriffen waren.

Deutlich kann man so sehen, daß die gelehrte Professorenschaft und die Universitätsbürokratie im Bunde mit dem Ministerium vor keinem Mittel zurückschrecken, um die Studenten von ihrem Kampf abzubringen. Ihr Ziel ist es, die Studenten zu frommen Lämmern zu machen, die die reaktionäre Indoktrinierung durch die bürgerliche Wissenschaft geduldig über sich ergehen lassen. Dieses Ziel können sie nicht erreichen und die Unterdrückung der Studenten wird deren Widerstand immer wieder hervortreiben.

BRD: Wissenschaftliche Erkenntnisse, welche die Reaktion verbieten muß

Am 5.3. wurde der wissenschaftliche Mitarbeiter am Kieler Institut für Meereskunde, Dr. M. Tomczak durch das Kultusministerium Schleswig-Holstein gekündigt. Er habe, heißt es in der Begründung, durch das Verschicken einer Broschüre der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV) und einer Information der Roten Zelle Meereskunde Kiel "Bestrebungen, die freiheitlich - demokratische Grundordnung zu beseitigen, unterstützt.' Und das Arbeitsgericht führte dazu aus: es handle sich beim Inhalt der Broschüre "um kommunistische Propaganda, die sich mit dem Anspruch der Wissenschaftlichkeit tarnt."
Wie sehr es dabei den imperialistischen Gerichten wirklich um "Wissenschaftlichkeit" geht, kann man abschätzen, wenn man sich ein weiteres Zitat aus der Urteilsbegründung hernimmt: "Das beklagte Land, dem der politische Standort des Klägers, Dr.M.Tomczak, nicht unbekannt geblieben ist, hat dessen politische Einstellung nahezu sieben Jahre lang toleriert." Diese Erklärung ist v.a. deshalb bemerkenswert, weil das bürgerliche Gericht damit zugibt, daß die Entlassung nicht auf Grund der "Unwissenschaftlichkeit" der verschickten Broschüre erfolgte, wie der bürgerliche Staat vorzugeben versucht. Es wird vielmehr eingestanden, daß es die siebenjährige, wissenschaftliche Tätigkeit "für eine bestimmte Sache" war, die den Wissenschaftler für die westdeutsche Bourgeoisie untragbar machte.

Es ist daher ratsam, einen Blick in die beanstandete GUV-Broschüre und auf die wissenschaftliche Tätigkeit M.Tomczaks zu werfen, um zu sehen, worauf die BRD-Bourgeoisie so heftig reagiert:
Zu der Broschüre "Hilft die Wissenschaft den armen Völkern" der GUV stellte die Betriebsgruppe der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GWE) in einer Resolution fest: "Die beanstandeten Schriften... enthalten unter anderem deutsche Übersetzungen zweier wissenschaftlicher Arbeiten zur Entwicklung der Meeresforschung, die in englischer Sprache in anerkannten internationalen Publikationen (z.B. der Zweimonatsschrift der Welternährungsorganisation FAO) veröffentlicht wurden, und Informationen zu der Anfrage bieten." Bei diesen beiden Arbeiten handelt es sich um "Beiträge zur Zukunft der Meeresforschung, die zum einen von dem Gründer des internationalen Friedensforschungsinsituts in Oslos, Johan Galtung, und zum anderen von Dr. Tomczak selbst verfaßt wurden."

M. Tomczak untersucht in seinem Artikel die Bedingungen, unter denen internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit zu größerer Unabhängigkeit der ausgebeuteten und unterdrückten Länder führen kann. Als Meereskundler, dessen Arbeit überwiegend aus der Durchführung von Expeditionen mit internationaler Beteiligung besteht, besitzt er reiche Erfahrung in dieser Frage. Die wissenschaftliche Untersuchung seiner Erfahrung führt ihn zu dem Schluß: In den imperialistischen Ländern "werden die Grenzen lediglich von den imperialistischen Interessen bestimmt, die jede Zusammenarbeit ausschließen, sobald sie für die Industrieunternehmen dieser Länder keinen Profit ergeben."

DIE VÖLKER DER 3. WELT HABEN DIE 200 MEILENZONE ERKÄMPFT. DIE REAKTIONÄRE STELLEN SICH NACH WIE VOR DAGEGEN.

Seit je sehen sich die Völker der 3. Welt der imperialistischen Ausplünderung durch die Imperialisten gegenüber, wobei diese Ausplünderung sich auf alle Naturreichtümer dieser Länder erstreckt. Dazu gehört auch die unverschämte Ausplünderung der Fischereigewässer dieser Länder durch die hochautomatisierten Fangflotten der imperialistischen Länder. Während diese armen Länder also selber an chronischem Mangel an Nahrungsmitteln leiden, müssen sie tatenlos zusehen, wie die Imperialisten vor ihren Küsten ihre Fischfanggründe ausrauben und in gefährlicher Weise dezimieren. So fangen die BRD-Imperialisten vor der Küste Perus tausende Tonnen von Fischen, während hundert Kilometer landeinwärts Hunderttausende vor dem Hungertod stehen. Die gefangenen Fische werden zu Schweinefutter für Westdeutschland verarbeitet.

Aber die Tage des Imperialismus sind gezählt und die Völker der Welt, an ihrer Spitze die unterdrückten Nationen der dritten Welt, schließen sich zusammen und versetzen dem Imperialismus schwere Schläge. So hat sich ein machtvoller Kampf dieser Völker um eine gerechte internationale Weltwirtschaftsordnung und zum Schutz ihrer nationalen Ressourcen entwickelt. Eine der wichtigsten Forderungen dabei war und ist die "Forderung nach der Ausdehnung der Hoheitsgewässer auf 200 Meilen, die dem Schutz der Meeresreichtümer dieser Länder dient.

Charakteristisch dabei war, daß die Sowjetunion, die sich so gerne als "natürlicher Verbündeter" der Völker der dritten Welt ausgibt, die aber selber die größte Fischfangflotte der Welt besitzt und an der Spitze der Ausplünderung der Meeresreichtümer steht, sich lange gegen diese völlig gerechten Forderungen gesperrt hat, indem sie lang und breit vom internationalen Seerecht geschwätzt hat, und davon, daß die Weltmeere allen Völkern gehören müßten. Aber auch diese nur schlecht verhüllten imperialistischen Phrasen konnten die Völker der Welt von ihrem Kampf um ihre maritimen Rechte nicht abbringen, so daß heute die meisten Imperialisten gezwungen sind, dieses Recht anzuerkennen.

Heute tritt selbst die BRD, gezwungen durch die Geschlossenheit der überwiegenden Mehrheit der Länder der 3. Welt für die 200 (!) Meilenzone ein. Das bürgerliche Gericht will aber diese Entwicklung nicht wahrhaben. Es entläßt einen fortschrittlichen Wissenschaftler und begründet seine Entlassung, indem sie die von M. Tomczak in der GUV-Broschüre dargelegten Auffassungen, die mittlerweile von der großen Mehrheit der UN-Staaten geteilt wird, diffamiert und verurteilt. Es schreibt in der Urteilsbegründung:
"Der Artikel von Matthias Tomczak, der in der GUV-Broschüre enthalten ist, läßt sich im wesentlichen durch die Wiedergabe der folgenden Kernsätze beschreiben:'...Die Interessen von Wissenschaftlern sind nicht notwendigerweise dieselben wie die Interessen der Imperialisten; im Gegenteil, ein Wissenschaftler, der versucht, sein Wissen zum Nutzen der Völker zu verwenden, findet sich schon bald in einem Konflikt mit der Verwendung, die die Imperialisten für seine Arbeit haben. Die antiimperialistische Bewegung macht überall in der Welt heute rasche Fortschritte, und in den imperialistischen Ländern versucht eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern, ihre Kenntnisse den unterdrückten und ausgebeuteten Völkern zur Verfügung zu stellen.'...Schon diese Beispiele beleuchten hinreichend den politischen Standort des Klägers."
Der "politische Standort", den das Ministerium so fürchtet, ist der Standort der großen Mehrheit der Völker. Wer sich ihm anschließt, wer die nicht zu bestreitende Tatsache, daß die armen und ausgebeuteten Völker gemeinsam gegen den Imperialismus kämpfen müssen, wenn sie sich befreien wollen, öffentlich vertritt, der muß aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden.

Es geht also nicht um irgendein Dienstvergehen, sondern darum, wie der norwegische Sozialwissenschaftler J.Galtung es in seinem Protestschreiben ausdrückte: "daß Leute davon abgehalten werden sollen, die Untersuchung des Imperialismus und der Außen- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Verbindung zu bringen."

Es geht für den bürgerlichen Staat darum, zu verhindern, daß Wissenschaftler die Wissenschaft benutzen, um die Machenschaften des Imperialismus zu entlarven und um die Rechtmäßigkeit des Standpunkts der Völker zu untermauern. Es geht den Reaktionären darum, zu verhindern, daß sich Wissenschaftler auf die Seite des Fortschritts und der Revolution und nicht auf die Seite des Imperialismus und der internationalen Reaktion stellen.

DIE MEERESFORSCHUNG ALS INSTRUMENT DES IMPERIALISMUS

Wissenschaftler, v.a. Naturwissenschaftler (Biologen..) pflegen sich besonders gern im strahlenden Licht ihrer "wissenschaftlichen Objektivität" und ihrer "wissenschaftlichen Unabhängigkeit" zu zeigen. So

Resolution

Die Studienrichtungsvertretungen Biologie und Biologie und Erdwissenschaften der Universität Wien protestieren gegen die Entlassung von Dr.M.Tomczak, die nach unseren Informationen aus politischen Gründen vom Kultusministerium Schleswig-Holstein vorgenommen wurde.

Dr.M.Tomczak bemühte sich als Wissenschaftler dazu beizutragen, daß der Reichtum des Meeres an Rohstoffen und Nahrungsmitteln den Völkern in armen Ländern zugute kommen solle. Deshalb wandte er sich, gestützt auf seine Forschungsergebnisse, gegen alle Bestrebungen, diese Länder von der Nutzung des Meeres fernzuhalten und diese allein den hochautomatisierten Fangflotten der Großmächte zu garntieren. Er machte weiters darauf aufmerksam, daß der Konkurrenzkampf der Industrieländer mit ihren Fischereiflotten den ohnehin schon geringen Fischbestand noch weiter dezimieren würde. Deshalb trat er für die Errichtung der 2oo-Meilen-Zone ein und unterstützte damit die überwiegende Mehrheit der UN-Staaten.

Wir teilen diese Auffassungen und schließen uns den Protesten aus aller Welt gegen die Entlassung von Dr.M.Tomczak an. Wir fordern daher die Wiedereinstellung von Dr.M.Tomczak.

die STRV. Biologie und Biologie & Erdwissenschaften

G.M.Steiner e.h. M.Eder e.h. F.Radits e.h.
M.Häupl e.h. W.Punz e.h.

erhalten z.B. die erstsemestrigen Biologiestudenten bereits in den Einführungsvorlesungen einen Anschauungsunterricht über die "objektive, naturwissenschaftlich unabhängige Biologie". So etwa in der Einführungsvorlesung des Marinbiologen Prof. Riedl: Dort bekommen sie einen Zettel in die Hand, wo ausgehend von"Sinn der Zoologie", "Geist und Materie", über die "Stellung des Menschen", "Kosmos und Leben" bis hin zu "Welt und Weltbild" alle in der Vorlesung "objektiv" zu behandelnden Fragen genannt werden. Diese sollen dann in der Vorlesung "ohne Ideologie", "ohne Politik", im "freien Wettstreit der wissenschaftlichen Meinungen", wie Prof. Riedl sich ausdrückt, dargeboten werden.

Der Leitgedanke für das Wissenschaftsbild, das die bürgerlichen Professoren so den Studenten übermitteln wollen, kann man in einem vielverwendeten Physikbuch nachlesen: "Die Aufgabe der Naturwissenschaften ist auf die Erkenntnis der Wahrheit gerichtet; darin beruht ihre sittliche Würde, daß ihr daran liegt, die geistigen Schätze der Menschheit zu vermehren." (Bergmann-Schäfer: Lehrbuch der Experimentalphysik I, S.5)

Wie es mit solchen Ansprüchen in der harten imperialistischen Praxis ausschaut, soll hier an den selbstgenannten Zielen der "Deutschen Kommission für Ozeanographie", einer vom Forschungsministerium ins Leben gerufenen Assoziation von "freien, unabhängigen Wissenschaftlern", gezeigt werden. Im Bundesbericht Forschung von 1975 heißt es über die Ziele:

"Meeresforschung und Meerestechnik dienen auch der Rohstoffversorgung durch die Exploration untermeerischer Minerallagerstätten. Die Arbeiten konzentrieren sich darauf,die Entstehung,Art,Lage, und Zusammensetzung von Manganknollenvorkommen,Mineralseifen und Erzschlämmen zu erforschen und ihre Wirtschaftlichkeit zu bewerten." Hinter diesen Zielen steckt nichts anderes,als der Anspruch der westdeutschen Imperialisten auf die Ausplünderung der Rohstoff- und Fischvorkommen eines Teils der Weltmeere, dafür geben sie Millionen aus und unterhalten Forschungseinrichtungen wie das Institut für Meereskunde in Kiel.
In der Rangliste der Forschungsförderungsprojekte der Bundesregierung folgt die Meeresforschung nach der Kernforschung,der Luftfahrt- und Weltraumforschung und der Datenverarbeitung an vierter Stelle.Sie bildet einen der Eckpfeiler der Expansion des westdeutschen Imperialismus. Fischereibiologen spüren neue oder noch nicht vollständig erschöpfte Fischbestände auf; die Wissenschaftler der Forschungsinstitute für Fangtechnik ersinnen Methoden, mit denen man mit verringerter Trawler-Besatzung mehr Fische fangen kann;die Kapitalisten rationalisieren und machen mehr Profit mit besseren Fangmethoden in schnell ruinierten Fanggründen. Wo immer in den letzten Jahren die Fischereiflotte der westdeutschen Kapitalisten war,vor Grönland und Neufundland,vor Island,im Pazifik,in der Antarktis,immer waren die Meeresforscher zuerst da,um die Profitmöglichkeiten zu erkunden.

Die meisten bürgerlichen Professoren,hochbezahlt und bestochen,finden nichts daran, solchen Zielen und solchen Herren - den Imperialisten- unter dem Deckmantel der Objektivität und wissenschaftlichen Unabhängigkeit zu dienen. Und die Wissenschaftler, die heute schon die "anderen Herrn", nämlich die überwiegende Mehrheit der Länder mit ihren gerechten Anliegen unterstützen,wie M.Tomczak, werden von der Bourgeoisie bekämpft.
Das ist logisch,brauchen die Imperialisten ihre Wissenschaftler doch nicht dazu, daß sie ihre Verbrechen entlarven und sich auf die Seite des gesellschaftlichen Fortschritts und der revolutionären Völker stellen. Vielmehr beschäftigen sie ihre Wissenschaftler,damit diese ihre Interessen decken und ihnen Wege erschließen, um Unterdrückung und Ausbeutung auszuweiten. Halten die

Forscher sich nicht an die Lumpenrolle,geht die vorher beschworene "Freiheit der Wissenschaften" flöten und werden Entlassung und Justizapparat zu den Argumenten der herrschenden Klasse nur mehr Unterdrückung als Argument,wird das notwendig den Widerstand zur Folge haben. Man sieht, die Herrschaft der bürgerlichen Klasse ist schon überfällig - man muß ihr ein Ende setzen.

DIE STRV BIOLOGIE STELLT SICH AUF DIE SEITE DER VÖLKER DER 3. WELT

Die Studienrichtungsvertretungen Biologie und Biologie und Erdwissenschaften (Lehramt) haben sich in einer Resolution gegen das Vorgehen der westdeutschen Behörden gewandt und sich voll hinter die Auffassungen M. Tomczaks in Bezug auf die 200 Meilenzone, gegen den Ausschluß der Völker von der Nutzung der Meere, um diese allein den hochtechnisierten Fangflotten der Großmächte zu garantieren. Es wird aber in Zukunft auch notwendig sein, den "eigenen Herren' unseren Professoren, bei ihrer Forschungstätigkeit auf die Finger zu schauen, zu fragen, wen sie damit unterstützen, und entschieden der Ideologie von der "objektiven und unabhängigen Biologie" entgegenzutreten.

SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON DR. M. TOMCZAK !

f.r.

»Sturm über Südkärnten«

Unter diesem Titel erschien 1965 in Klagenfurt ein Roman von Valentin Just über den sogenannten "Freiheitskampf 1918-1920" von dem der Autor sagt, er "möge nicht nur als ein Beitrag zur friedlichen Entwicklung Kärntens sondern auch zur Geschichte des Kärntner Freiheitskampfes betrachtet werden". (Vorwort)
Der Autor ist ein bekannter Sozialdemokrat, der unter dem Hitlerfaschismus im KZ gesessen ist, nachher lange Zeit einen führenden Posten in der Sozialversicherung innehatte und dessen Schriften von der Kärntner Ausgabe der "Volksstimme" gewürdigt wurden. Man kann sich von dem Buch also ein Bild von der Politik der SP der damaligen Zeit erwarten.
Wichtig ist das deshalb, weil heute immer wieder so ein Bild von der politischen Entwicklung in Kärnten gezeichnet wird, daß es da eine starke deutschnationale, erzreaktionäre, halbfaschistische, chauvinistische Strömung gegen die Rechte der slowenischen Minderheit gäbe, vor denen die SP -die eigentlich eine ganz passable Haltung eingenommen hätte- in jüngster Zeit zurückgewichen wäre. So ein Bild wird insbesondere von revisionistischen KPÖ und sozialdemokratischen Kreisen, die sich gerne als die größten Minderheitenfreunde ausgeben, verbreitet. Der Roman gibt da ein anderes Bild: nämlich daß die SP bereits in der Zeit von 1918-1920 eine offensive chauvinistische Haltung - wenn auch in versteckter Form - eingenommen hat, daß die SP der wichtigste Organisator des Abwehrkampfes war.

In der Broschüre des KB Wien "Für volle Gleichberechtigung der Minderheiten" wird die Situation nach dem Ende des 1.Weltkrieges folgendermaßen geschildert:" *Dem imperialistischen Krieg folgte der imperialistische Frieden. Die siegreichen Räuber (Großbritannien, Italien, Frankreich und das neugegründete Königreich Jugoslawien) konnten sich nicht über die Grenzziehung zwischen Österreich und Jugoslawien einigen. Jeder dieser Staaten versuchte möglichst große Gebiete unter seinen Einfluß zu bekommen, die anderen nicht zu stark weden zu lassen. In der Zeit dieser imperialistischen Streitereien rückten serbische monarchistische Truppen nach Südkärnten vor und besetzten Teile davon. Diese Besetzung Südkärntens wurde unter dem Deckmantel der "Befreiung der Slowenen" durchgeführt, ihr wirkliches Ziel war die Annexion dieses Gebietes durch die serbische Monarchie. Die österreichischen Kapitalisten, deren Herrschaft im Inneren durch die revolutionäre Erschütterung sowieso schon bedroht war, wollten ihrerseits nicht auf Unterkärnten als Ausbeutungsobjekt verzichten und organisierten.den bekannten "Kärnter Abwehrkampf". Mit Phrasen von "Verteidigung der Freiheit und der Republik" von der "natürlichen Einheit Kärntens" hetzten sie die Arbeiter und Soldaten in die Geplänkel mit ihren jugoslawischen Klassenbrüdern. So gelang es den serbischen Monarchisten und den österreichischen Kapitalisten jeweils einen Teil der Bevölkerung unter der Fahne der "Befreiung" gegen den andern in den Kampf zu führen, aus keinem anderen Grund als um die Herrschaft einer der beiden Ausbeuterklasse in diesem Gebiet wiederherzustellen. Den österreichischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern gelang es zugleich auch, die revolutionäre Stimmung unter den werktätigen Massen Kärntens in üblen Chauvinismus zu verwandeln und sie so wieder fest an ihre Ausbeuter zu fesseln. Daß die Bourgeoisie allen Grund hat, einen solchen Abwehrkampf zu feiern, ist verständlich."*
Diese Einschätzung wird durch den vorliegenden Roman voll bestätigt.
Der Roman beginnt mit dem Einmarsch der monarchistischen serbischen Truppen am 3. November 1918 in Südkärnten. Die Hauptpersonen sind: Als Protagonist der "Slovenen" ein chauvinistischer Intellektueller, der sich mehrmals in Hymnen auf den Panslawismus ergeht und der für den Anschluß des Gebietes an das Königreich SHS kämpft.Sein Gegenspieler, ebenfalls ein Intellektueller -Offizier der Habsburger Monarchie und Mittelschulprofessor in Klagenfurt, der sein Gehalt bezieht ohne zu unterrichten (p.46) - trägt alle Merkmale eines "Windischen" und vertritt die "österreichische" Position. Gleich am Anfang werden ihm folgende Worte in den Mund gelegt: "Der Teufel hol' die Staatsmänner, die für imperialistische und kapitalistische Interessen unter der heuchlerischen Devise 'Mit uns ist Gott und Recht' Kriege

entfesseln, Kriege, die Millionen Tote fordern und Unzählige zu Krüppeln machen! Zum Hohn für die Opfer und blutenden Wunden dann aber wieder etwas schaffen, das, anstatt zu verbinden und zu versöhnen, den Keim neuer Entzweiung in sich trägt."(p.9) - etwas weiter hinten klingt es schon anders:"Zwar haben wir alle, die wir im Krieg waren geschworen, nie wieder zu den Waffen zu greifen, und auf jemanden zu schießen, aber es können doch Situationen entstehen, in denen man alle Schwüre vergißt, ja vegessen muß..." (p.13)

WIE WERDEN DIE BEIDEN POSITIONEN DARGESTELLT ?

Die Position der Slovenen: "Hier gibt es nichts zu überlegen und zu bedenken, wir waren Slovenen und wollen auch Slovenen bleiben, und mit dem Gebiet soll es sich nicht anders verhalten.""Die Sprache das ist die Vernunft. Sie allein entscheidet." (p.16) Als Vetreter dieser Position taucht in öffentlichen Auseinandersetzungen dauernd der "Keuschler Piselc" auf, "der wie fast immer an Sonntagen ziemlich blau war" und der "das Geld lieber für seine Kinder ausgeben (möge), die zerrissen und zerlumpt herumliefen." (p.25)
Auf der anderen Seite herrscht die Vernunft : "Ich bin nur ein bescheidener alter Bauer .... aber bei so großen Sachen, sagt mir mein Verstand entscheidet nicht die Sprache allein. Da entscheidet die Vernunft...." (p.16) "Ein großer Teil der Bewohner wollte von den Jugoslawen nichts wissen, weil ihnen das Schriftslovenisch nicht so richtig geläufig war. Außerdem war in Jugoslawien, wie es allgemein hieß, der Lebensstandard viel niedriger als in Österreich.Besonders aber sprach gegen Jugoslawien die Allgemeine Militärpflicht, die dort herrschte... Außerdem stand es in Jugoslawien um die Verdienstmöglichkeiten und die Freiheit viel schlechter als in den industriell besser entwickelten Gebieten nördlich der Karawanken" (p.32)

WIE WURDE DER KAMPF GEFÜHRT ?

- Wer sind seine Organisatoren ? "M. Umik (der besagte Mittelschulprofessor) ging auch daran, in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeiterführer des besetzten Gebietes, dem Lehrer an der Ferlacher Hauptschule Lora, aus ganz Verläßlichen geheime Formationen zu bilden." (p.29)

- Bewaffnete Formationen. Der 1.Weltkrieg hatte bekanntlich auch in Österreich zu revolutionären Erschütterungen geführt und die Sozialdemokraten taten alles, um die Bewegung der Massen zu bremsen, niederzuschlagen und die Herrschaft der bürgerlichen Klasse wiederherzustellen. Die bewaffneten Formationen der österreichischen Bourgeoisie lagen am Boden, hatten nicht die Kraft und die Möglichkeit der serbischen Besetzung direkt und offen entgegenzutreten. Die Auseinandersetzungen spielten sich in mehreren Phasen ab: von Nov. 1918 bis Jänner 1919 Serbien besetzt; von Jänner 1919 bis Mai 1919 vorübergehend frei von serbischen Truppen; dann wurde erneut das Gebiet bis vor Klagenfurt von serbischen Truppen besetzt, im Juli 1919 wurde die Volksabstimmung beschlossen und Serbien mußte seine Truppen aus einem Teil des Gebietes abziehen, am 7. August 1920 wurde die Demarkationslinie zwischen Österreich und dem besetzten Gebiet geöffnet und am 10. Oktober 1920 fand die Volksabstimmung statt. Die bewaffneten Auseinandersetzungen spielten eine relativ geringe Rolle.

- Versammlungen, Mobilisierung der Massen. Diese Form der Auseinandersetzung war die wichtigste und es ist bedeutsam, auf welcher Linie sie geführt wurde.
In der ersten Phase versuchten die serbischen Behörden in Versammlungen insbesondere der Arbeiter, diese für sich zu gewinnen. Die Österreichisch Orientierten traten auf diesen Versammlungen auf, mit dem Ziel die Autorität der serbischen Behörden zu untergraben. "So mancher österreichisch gesinnte Bürger, der sonst für die Arbeiter nicht viel übrig hatte, sagte anerkennend: Allerhand Courage haben die Sozi, das muß man ihnen lassen. Hut ab." (p.54)
In der zweiten Phase wurden von Klagenfurt aus Versammlungen organisiert. "Besonders bemühte man sich um die Gunst der Tausend Metallarbeiter in Ferlach" (p.77). Man schickte "keinen Geringeren als den Landesbefehlshaber .... den freundlich lächelnden Stabsoffizier mit dem Kaiser Wilhelm - Schnurbart, dem glitzernden Zwicker und dem Goldkragen mit zwei Sternen ...". "Es herrschte Grabesstille, als der hohe Offizier aus der Zeit der Monarchie zu reden begann." Doch trotz allem am Schluß seiner Rede mochte er den Eindruck gehabt haben, daß er die vielen Anwesenden nicht richtig überzeugen und begeistern habe können.' (p.78)Da müssen schon die Sozialdemokraten einspringen und jetzt kommt deren ganze Demagogie so richtig zum Ausdruck: "Die beiden Vertrauensmänner ...rissen die Anwesenden so mit", daß man sie "am liebsten umarmt hätte. Sie sprachen nicht vom Feind, sondern betonten, daß es im gegenwärtigen Ringen um Freiheit und um Mit - und Selbstbestimmungsrecht ginge, um grundlegende Dinge also.Die Arbeiter, also diejenigen, die Werte schaffen, sollen in allen Fragen der Wirtschaft und Politik mitreden, mitbestimmen und mitgestalten.Lange genug seien sie als das fünfte Rad am Wagen behandelt worden. Im neuen Österreich haben sie nun zur Mitgestaltung, Mitbestimmung und Mitverwaltung die Möglichkeit, weil laut Verfassung alles Recht vom Volk ausgehe. Alle Privilegien und Vorrechte, die in der Monarchie bestanden haben, seien abgeschafft worden. Auch brauche niemand einzurücken im Gegensatz zu Jugoslawien, wo eine verkappte Diktatur herrsche, das Volk wenig Rechte besitze und jeder Waffenfähige zwei bis drei Jahre bei geringem Sold unter primitiven Verhältnissen in Serbien oder gar Mazedonien Militärdienst leisten müsse...In Österreich sei jeder frei, jeder könne sich frei entfalten wie es ihm seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten erlauben. In Jugoslawien sei es damit schlecht bestellt. Eine kleine Schicht, bestehend aus Generälen und Großgrundbesitzern, beherrsche das Volk und lasse es sich auf dessen Kosten gut gehen..." Und in diesem Ton geht es stundenlang dahin (p.79) Zum Schluß riefen die Zuhörer: "Wir wollen eine Volksabstimmung! Und für diese und die Freiheit wollen wir kämpfen !" (p.80)
Im gleichen Ton ging es nach der erneuten serbischen Besetzung weiter. Der 19. Juli 1919, an dem ein eintägiger europäischer Generalstreik angesetzt war, wurde als Anlaß benutzt. Es wird der Redner auf einer Kundgebung in Ferlach zitiert: "Mit diesem Eintags Generalstreik wollen sich die Arbeiter in Erinnerung bringen und die Forderung nach Arbeit und ein menschenwürdiges Dasein erheben...In vielen Staaten - auch im freien Österreich - ist das Mitspracherecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied ihres Standes bereits gesetzlich verankert." "Besondere Achtung, ja ein gewisses Staunen flößte die Kundgebung den vielen anwesenden Bürgerlichen ein, von denen sich die meisten neben der Freiheit auch ein ungeteiltes Kärnten wünschten und deshalb dem Redner lebhaften Beifall zollten." (p.148) Die gewerkschaftliche Organisierung wird als Hebel der Agitation für Österreich benutzt und auch kulturelle Veranstaltungen werden verstärkt eingesetzt.

DIE FRAGE DER SPRACHE

Nicht nur die sozialen und politischen Verhältnisse werden ins Treffen geführt, sondern eine wesentliche Rolle spielt die Herabsetzung der slovenischen Kultur und Sprache.

→

AUS EINEM KOMMUNISTISCHEN FLUGBLATT ZUR VOLKSABSTIMMUNG:

*"...Von der einen Seite schreien sie 'Zivio', von der anderen Seite'Heil', die Nationalisten sind rasend geworden, beide, die deutschen und die slovenischen...So schaut jetzt dieses Abstimmungsnarrenhaus in Kärnten aus ! Uns Kommunisten geht diese Komödie nur insoweit an, sofern sie das Proletariat betrifft. Und hier überkommt uns Trauer! Heute ist in Kärnten der Sozialismus begraben, heute hat die nationalistische Hetze die ganze Arbeiterschaft so betäubt, daß sie ihre soziale Lage vollkommen vergessen hat und blind den Nationalisten nachrennt. Heute kann man in Kärnten kein richtiger Sozialist sein; ist man Sozialist, muß man schweigen, sonst geht es einem wie Liebknecht in Berlin. Daran ist das verräterische Handeln der führenden Kreise in den Reihen der Sozialdemokratie schuld, in der unser Kärntner Proletariat ganz versimpelt. Die Mentalität der Kärntner Sozialisten unterscheidet sich heute rein gar nicht von der Mentalität verschiedener Nationaler...Der Geist der Internationale schwindet mehr und mehr aus den Massen und der politische Horizont des Kärntner Proletariats schrumpft im Kärntner chauvinistischen Sumpf.
Die Politik, die in dieser Hinsicht in Kärnten die offizielle deutsch-österreichische Sozialdemokratie mit Dr. Renner an der Spitze betreibt können wir als nichts anderes bezeichnen als eine große politische Sudelei. Fast das ganze gewerkschaftlich und politisch organisierte Proletariat in Kärnten ist vollkommen unter dem Einfluß der benachbarten deutsch-österreichischen sozialdemokratischen Partei, die es für ihre nichtsozialistischen, nationalen Ziele ausspielt. Ein Teil dieses Proletariats ist zwar formal in der Jugoslawischen Sozialdemokratischen Partei organisiert, aber alle diese Organisationen sind faktisch unter der Führung und dem Einfluß der deutschen sozialdemokretischen Partei, die den Führungen dieser Organisationen Direktiven fürs Auftreten gibt...Wir Kommunisten im jugoslavischen Teil Kärntens haben unseren Standpunkt in dieser.Hinsicht schon klar präzisiert. Unser Delegierter, den wir nach Vukovar geschickt haben, hat auf dem Parteitag erklärt, daß das kommunistisch orientierte Proletariat in Kärnten das Plebiszit ablehnt, das uns die Pariser kapitalistische Herrschaft serviert hat. Diese Erklärung wurde damals vom ganzen Parteitag einmütig begrüßt...Den gleichen Standpunkt wie wir nimmt hinsichtlich der Volksabstimmung auch die Kommunistische Partei in Deutsch-Österreich und ihre Führer Kerze und Tomasch in Klagenfurt ein.
Dem Proletariat Kärntens und besonders jenem aus der Zone A und B aber rufen wir zu: Arbeiter aus den Fabriken, aus den Wäldern, Bauern auf den Feldern und Wiesen und ihr alle, die ihr unterdrückt seid und die ihr das Joch des Kapitals auf euren Schultern spürt, euch geht das'Plebiszit'überhaupt nichts an. Ein solches Plebiszit ist nicht die Sache der Arbeiterschaft! Die Arbeiterschaft ist nicht dazu da, um Grenzen zwischen den Nationen zu ziehen oder um der Bourgeoisie solche Grenzen aufbauen zu helfen; sondern die Arbeiterschaft muß die Grenzen, der der Kapitalismus aufbaut, niederreißen und zertören. Grenzen niederreißen ist deine Aufgabe, Proletariat! Laßt die faule deutsche und slovenische Bourgeoisie sich untereinander zerbeißen, soll sie Grenzen ziehen, weil die Herrschaften keine andere Beschäftigung haben. Sie ist verpflichtet, so zu handeln, weil sie vom Schicksal der Zeit zum Tode verurteilt ist und sich damit erschöpfen wird. Die Ziele der Arbeiterschaft sind ganz andere, besonders in der heutigen revolutionären Epoche. Wir müssen für die Errichtung der Sowjetdemokratie kämpfen, deren Bild uns das brüderliche Rußland gibt, für die Errichtung der proletarischen Diktatur.
Am Tage der Volksabstimmung bleibe jeder bewußte Proletarier, jeder Kommunist zu Hause! ...Arbeiterschaft, streite nicht, welchem kapitalistischen Staat du zufallen möchtest, klammere dich an die Kommunistische Partei, die alle Nationalitätenstreitigkeiten besser lösen wir als Paris und die Entente, klammere dich an die Kommunistische Internationale, die einen wirklichen Kampf gegen jede Versklavung, sowohl soziale als nationale führt...(Lovro Kuhar - Prežihov Voranc, Rote Fahne, 18.August 192o, Nr.23,Seite 1)*

Der Große Stalin-Plan zur Umgestaltung der Natur

Ein glanzvolles Beispiel für die Erkenntnis und Beherrschung der Natur durch das revolutionäre Proletariat

In einem Brief an den Schriftsteller Demjan Bjedny schrieb Stalin bereits 1924:

„Die Geißel der Dürre ist anscheinend notwendig, um unsere Landwirtschaft auf eine höhere Stufe zu bringen und unser Land gegen die Launen des Wetters zu sichern. Koltschak hat uns gelehrt, die Infanterie aufzubauen, Denikin- die Reiterei; die Dürre lehrt uns nun die Landwirtschaft aufzubauen"(1). Am 28. Oktober 1948 verabschiedete der Ministerrat der UdSSR den Stalin-Plan zur Umgestaltung der Natur, der das Antlitz der Sowjetunion radikal verändern, ihm den Stempel des Proletariats aufdrücken und zu einem großartigen Beweis dafür werden sollte, daß das Proletariat an der Macht nicht nur mit dem Klassenfeind fertig wird, sondern auch die Natur nach seinen Bedürfnissen umformt und in Dienst nimmt.

Doch wie sieht es heute in der zur imperialistischen Supermacht entarteten Sowjetunion aus? Sie bietet nicht nur den Anblick eines von Krisen erschütterten imperialistischen Landes, sondern der fortschreitenden Zerstörung der Natur: Agglomeration der Industrie in wenigen Gebieten, riesige Dunstglocken aus Abgasen und Emmissionen der großen Fabriken über den Städten, in Kloaken verwandelte Flüsse, gigantische Bodenerosion und Zerstörung des Wasserhaushaltes, Auswehung des fruchtbaren Bodens. Die Zerstörung der Natur hat

Fortsetzung S.14

→ "Die Bevölkerung zeige für die deutsche Sprache eine sehr große Neigung. Sie sei bestrebt, diese nicht nur oberflächlich zu erlernen, sondern gründlich zu beherrschen, da sie einen leidenschaftlichen Drang nach höherer Bildung habe. Die slovenische Sprache, die, zugegeben, in den überwiegenden Haushalten gesprochen werde, befriedige sie nicht vollkommen. Das Schriftslovenisch sei den meisten Bewohnern nicht richtig geläufig. Sie könnten deshalb mit dem Kärntner Slovenisch nicht zu höherer Kultur gelangen. Diese könne ihr nur, wie die Dinge derzeit lägen, durch das weit besser verständliche Deutsch und das auf allen Gebieten höher entwickelte Österreich, mit dem sich die Bevölkerung wirtschaftlich, kulturell und politisch seit Jahrhunderten innig verbunden fühle, vermittelt werden. Risse man das Gebiet von Österreich los, würde es kulturell verkümmern und in wirtschaftlicher Hinsicht dem Tode geweiht sein." (p.104), läßt der Autor den Professor erläutern. Es werden Veranstaltungen mit dem "Arbeitergesangverein Stahlklang" durchgeführt: "da nur deutsche Volks- und Arbeiterlieder gesungen worden waren, war sie zu einem eindeutigem Bekenntnis zur österreichischen Republik geworden." (p.150) Es wird ein deutsches politisches Theaterstück aufgeführt.

Die serbischen Behörden verfügten, "daß die Arbeiter ihre Stücke nur noch in slovenischer Sprache aufführen durften. Die Arbeiter zeigten sich auch dieser Aufgabe gewachsen...Als die erste öffentliche Aufführung, zu der an die 600 Besucher erschienen waren, über die Bühne ging, gab es ein Lachen und Schreien, Toben, Kichern und Brüllen, daß der anwesende Bezirkshauptmann einer Ohnmacht nahe war und mit seinem Beamtenstab vor Wut zitternd und schnaubend den Saal verließ. Sein Ärger war aus dem Grunde so groß, weil die Verhunzung der slovenischen Sprache alle Besucher, ob zu Jugoslawien oder zu Österreich haltend, in langanhaltende Lachkrämpfe versetzte. Sie konnten einfach nicht anders. Das auf der Bühne sich abspielende war für sie ein einmaliges Erlebnis. Sie lachten und brüllten, daß im überfüllten Saal die Luft zu vibrieren schien." (p.154) Der Organisator war der "Arbeiterführer und Hauptschullehrer Lora". Von den Behörden zur Verantwortung gezogen für diese "verletzende und verwerfliche Satire auf die Slovenische Nation" antworteten die Verantwortlichen: "Wir sind Sozialdemokraten, uns ist jede Nation gleich lieb." (p. 156)

1. MAI 1920: DER INTERNATIONALE KAMPFTAG DER ARBEITERKLASSE IM ZEICHEN DER NATIONALEN AGITATION UND DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER BOURGEOISIE

"Arbeiter, Angestellte, Bürger, Bauern! Die Sozialdemokratische Partei ruft euch...erscheint geschlossen zur großen Maifeier, die gleichzeitig ein Bekenntnis für ein ungeteiltes Kärnten werden soll. Niemand bleibe zu Hause!" heißt es im Maiaufruf (p.172).

"Der Festredner geißelte in längeren Ausführungen geschickt die Ausbeutungsmethoden der kapitalistischen Klasse und führte dann aus: Die Ausbeuter denken international, handeln international und beuten die Arbeiter überall, einerlei welche Sprache sie sprechen und welcher Nation sie angehören, noch und noch aus. Es ist jenseits der Karawanken nicht anders als diesseits. Nur ist der Unterschied zwischen hüben und drüben der, daß in Österreich die Arbeiter besser leben und auch viel mehr Rechte besitzen, als es in Jugoslawien der Fall ist...Der bewußt geschürte Haß, der die Völker entzweit, soll und muß verschwinden...Jene aber, die einen schlechteren Lebensstandard wollen und die autokratischen Methoden des Königreiches SHS preisen, die mögen ruhig sich selbst das Grab schaufeln und für Jugoslawien stimmen...In Österreich darf man immer und überall die Wahrheit sagen und ich habe nichts als die Wahrheit gesagt. Ich bin, damit sie es wissen, von Geburt Slovene und meine Eltern sprechen nur gebrochen deutsch. Ich achte die slovenische Sprache ebenso wie die deutsche, englische oder eine andere. Aber ich bin ein Mann, dem die Freiheit und das Recht über alles gehen. Ich verabscheue die Rechtlosigkeit und die Knechtschaft, die dort hinten - dabei wies er auf die Karawanken - herrschen." (p.174)

Er hatte die kapitalistischen Ausbeutungsmethoden offenbar so geschickt gegeißelt, daß die anwesenden Kapitalisten davon nichts merkten: "Die vielen anwesenden Bürger waren von diesen mutigen Ausführungen genauso begeistert wie die Arbeiter, die, wie schon so oft, der Bevölkerung Begeisterung, Mut und Zuversicht gegeben hatten. Die Bürger tauten förmlich auf, lobten die Redner, kauften Nelken, Abzeichen und machten vormittags eine Maikundgebung und nachmittags ein Volksfest mit... Der Direktor stand neben dem Werksarbeiter, der Bezirksrichter neben dem roten Sekretär, der Bauer neben seinem Knecht, die Arztfrau neben ihrer Hausgehilfin..." usw. usf.

Der Ausgang der Abstimmung ist bekannt:

In der Zone A 59,6 % für Österreich und 40,4 % für Jugoslawien. Wäre das Ergebnis in Zone A negativ für Österreich ausgefallen, hätte auch die Zone B gestimmt, wo es fast keine Slovenen mehr gab und das gemeinsame Ergebnis hätte gegolten. Ein offener Betrug!

WELCHE ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNG WIRD GEZEICHNET?

Den Schluß bildet ein Gespräch zwischen den beiden Hauptpersonen, dem siegreichen Kämpfer für Österreich und dem Vertreter Serbiens, der für "die Slovenen" steht.

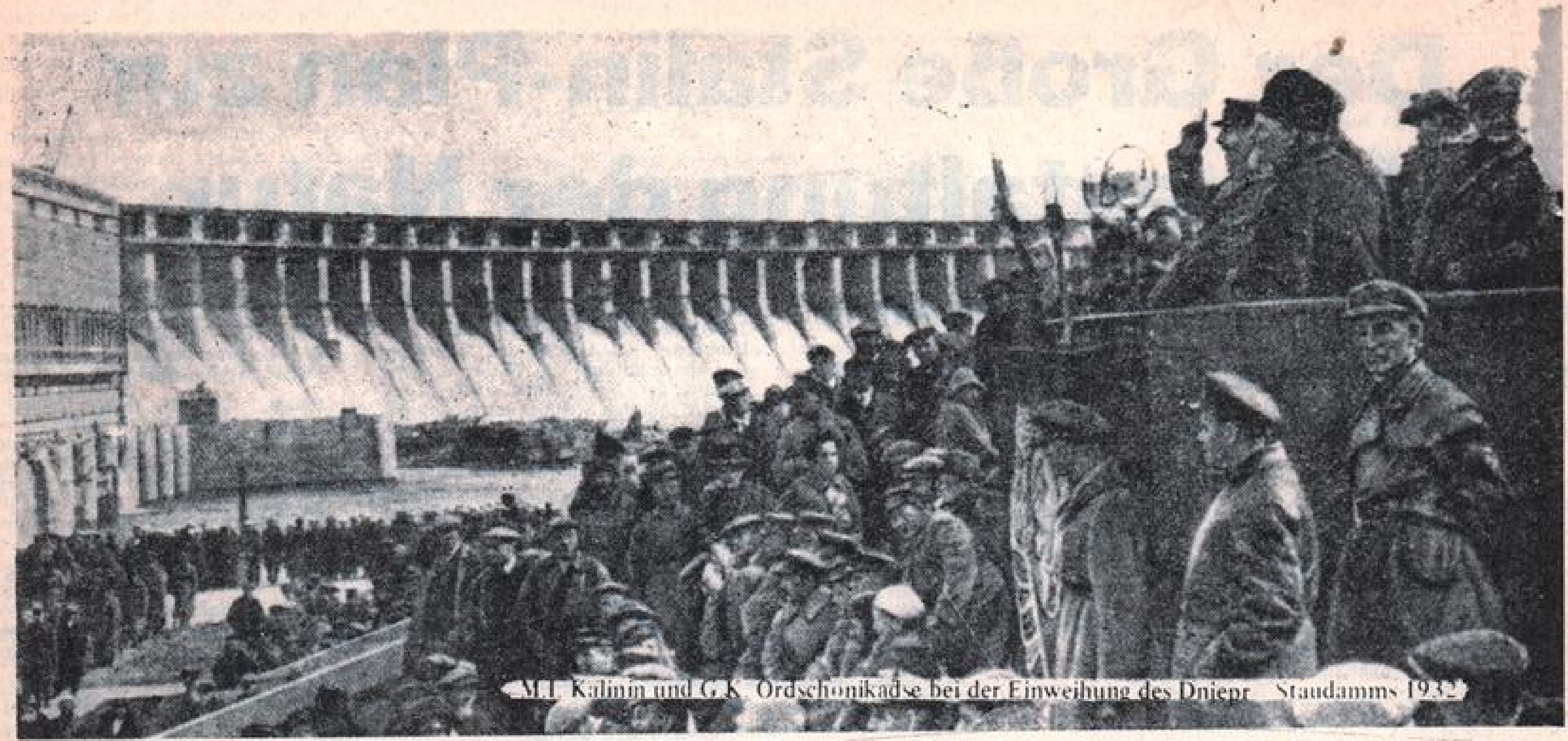
Letzteren läßt der Autor sagen: "Die Jugoslawen müssen zwar Südkärnten räumen, aber sie werden wiederkommen. Daher frohlockt nicht zu sehr über den Sieg. Er wird kein dauerhafter sein." (p.195) Er sagt sogar wann: "Die Gegensätze (zwischen den Arbeitern und den Bürgerlichen; L.L.) werden sich zuspitzen und eines Tages wird es zu blutigen Unruhen kommen. Dann wird unsere Stunde gekommen sein, in Kärnten wieder einzumarschieren, um unsere Brüder zu schützen. Ich werde mit dabei sein." (p.196)

Der andere, der sich jetzt vollends als Sozialdemokrat entpuppt: " Ich glaube, daß auch der Kapitalismus und das Bürgertum mit der Zeit die loyale Gesinnung der Sozialdemokraten doch würdigen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen werden. Ein Beispiel der Zusammenarbeit und Toleranz wurde hier im besetzten Gebiet schon durchexerziert...Warum sollte das, was sich hier gezeigt und bewährt hat, nicht auch in ganz Österreich möglich sein? Die Sozialdemokraten sind und bleiben Demokraten. Diese Einstellung haben sie nach dem Zusammenbruch zur Genüge bewiesen. Damals wäre es ihnen ein leichtes gewesen, die Macht an sich zu reißen. Sie haben es nicht getan. Sie übten, wie schon gesagt Toleranz.

Dieser Roman zeigt uns, wie der Bruch der SD mit der sozialistischen Revolution vor dem Krieg auch in Kärnten zur Preisgabe des proletarischen Internationalismus, zu seiner offenen Verhöhnung führen mußte. Er zeigt uns, wie der Sozialchauvinismus - der Chauvinismus unter der Phrase der "Vernunft", der "Freiheit", der "Demokratie", der "sozialen Sicherheit" und des "Selbstbestimmungsrechts" - das gefährlichste Mittel der Unterordnung der Arbeiter unter die Bourgeoisie wird.

Das Resultat ist die politische und ideologische Entwaffnung der Arbeiter und die Unterdrückung der Minderheit. Der ganze Geist des Romans besteht in der systematischen Herabsetzung des Slowenischen. Im Jahre 1965 besteht der "Beitrag zur friedlichen Entwicklung" darin, daß die slowenische Minderheit auf ihre Rechte verzichten oder verschwinden soll. Dann wird laut dem Autor der Friede eingekehrt sein.

L.L.



M.I. Kalinin und G.K. Ordschonikadse bei der Einweihung des Dniepr-Staudamms 1932

→

Dimensionen angenommen (2), die selbst die US-kapitalistische Raubbaupolitik noch in den Schatten stellen: der gewaltige Staubsturm des 12. Mai 1934, der 300 Millionen Tonnen fruchtbarsten Bodens aus dem amerikanischen Mittelwesten in den Golf von Mexiko davongetragen und Hunderttausende von Farmern brotlos gemacht hatte, war damals für die Menschheit ein aufrüttelndes Symbol dafür, daß der Imperialismus die natürliche Lebenswelt der Menschen vernichtet und unfähig ist, die Natur in den Dienst des Menschen zu stellen – wie das Scheitern des 1934 initiierten „Roosevelt-Plans" zur Anlage von Waldschutzstreifen bewies (3).

Die Sowjetunion Stalins übernahm im weltweiten „Kampf gegen die Dürre" die Führung und die gesamte Arbeiterklasse und fortschrittliche Öffentlichkeit, besonders Wissenschaftler, verfolgten die Anstrengungen der Sowjetmacht auf diesem Gebiet mit Interesse und Spannung. Stalin machte klar, daß der Kampf mit der Natur eine Klassenfrage ist und nicht eine Frage der „objektiven natürlichen Gegebenheiten", des „Schicksals", zu denen heute die Ideologen und Apologeten des Sozialimperialismus Zuflucht nehmen.

So etwa schreibt Sagladin, Vizechef der Abteilung für Internationale Fragen des ZK der KPdSU, lügnerisch und apologetisch zugleich: *„Es gibt keine Krise unserer Landwirtschaft. Wir hatten eine schlechte Ernte, wegen der stärksten Dürre der letzten 100 Jahre. Das kann jedem Land passieren ... Unser Land ist wirtschaftlich stark genug, um im Ausland zu kaufen, was es braucht, zum Beispiel Getreide. Wichtig ist aber, daß unsere Bevölkerung gar keinen Mangel spürt und gut versorgt wird, sogar in den Jahren, die für die Landwirtschaft schwierig sind"* (4).

Die Auffassung des dialektischen Materialismus zum Verhältnis von Gesellschaft und Natur

Stalin führte in seinem Werk „Über dialektischen und historischen Materialismus" aus: *„Die Menschen führen einen Kampf mit der Natur und benutzen die Natur zur Produktion materieller Güter nicht voneinander isoliert, nicht als voneinander losgelöste Einzelindividuen, sondern gemeinsam, in Gruppen, in Gesellschaften. Darum ist die Produktion immer und unter allen Bedingungen eine gesellschaftliche Produktion. Im Prozeß der Produktion der materiellen Güter stellen die Menschen untereinander diese oder jene Wechselbeziehungen innerhalb der Produktion, diese oder jene Produktionsverhältnisse her. Diese Verhältnisse können Verhältnisse der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe von Menschen sein, die von Ausbeutung frei sind, sie können Verhältnisse der Herrschaft und Unterordnung sein, sie können endlich Übergangsverhältnisse von einer Form der Produktion zu einer anderen Form sein"* (5).

Von der Art und Weise zu produzieren, von den Klassenverhältnissen hängt es deshalb ab, in welcher Form der Kampf mit der Natur verläuft, sie sind der entscheidende Faktor und nicht das „geographische" und das „klimatische Milieu" oder die „Bevölkerungsdichte", wie Stalin an anderer Stelle nachweist (6). Marx hatte erklärt, daß *„jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur nicht nur einen Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit (ist). Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter."* (7)

Natürlich besteht auch dann, wenn die Herrschaft des Kapitals gestürzt und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet ist, die Notwendigkeit der materiellen Reproduktion, doch kann jetzt die Aufgabe nur darin bestehen, *„daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehn"* (8).

Natürlich besteht auch für die Arbeiterklasse die Notwendigkeit, die Gesetze der Natur zu erkennen und anzuerkennen, doch geschieht dies von einem anderen Standpunkt, der es erlaubt, diese Gesetze im Handeln der Menschen zu berücksichtigen und sie im Interesse der Gesellschaft auszunutzen. Stalin: *„Bedeutet das, daß z.B. die Auswirkungen der Naturgesetze, die Auswirkungen der Naturkräfte überhaupt unabwendbar sind, daß die zerstörenden Wirkungen der Naturkräfte immer und überall mit elementar-unerbittlicher Kraft auftreten, auf die die Menschen nicht einwirken können? Nein, das bedeutet es nicht. Sieht man von den astronomischen, geologischen und von einigen anderen analogen Prozessen ab, auf die einzuwirken tatsächlich nicht in der Macht des Menschen steht, selbst wenn sie ihre Entwicklungsgesetze erkannt haben, so steht es in vielen anderen Fällen durchaus in ihrer Macht, haben sie durchaus die Möglichkeit, auf die Prozesse der Natur einzuwirken. In allen diesen Fällen sind die Menschen, wenn sie die Gesetze der Natur erkannt haben, sie berücksichtigen, und sich auf sie stützen, sie sachkundig anwenden und ausnutzen, imstande, ihren Wirkungsbereich einzuschränken, den zerstörenden Naturkräften eine andere Richtung zu geben, die zerstörenden Naturkräfte in den Dienst der Gesellschaft zu stellen"* (9). Solange z.B. die Menschen in den großen Stromtälern des Nil, Euphrat, Indus und Hoangho die Ursache und Gesetzmäßigkeit der alljährlichen Überschwemmungen nicht erkannten, verfluchten sie diese als „Katastrophe"; Ursache, Jahresrhythmus und Folgen der Überschwemmungen einmal erkannt, konnten sie in den Dienst der gesellschaftlichen Entwicklung genommen werden, in deren Folge sich diese Stromtäler zu blühenden Stätten der Zivilisation verwandelten.

Für das revolutionäre Proletariat, das mit seiner Machtergreifung auch die Natur aus der Unterordnung unter die beschränkten Zwecke des Kapitals befreit und sie in den Dienst der Gesellschaft stellt, ergibt sich die Aufgabe, auch auf diesem Gebiet die „Muttermale der alten Gesellschaft" zu liquidieren und sie radikal umzuwandeln. Die Arbeiterklasse kann dieses Werk vollbringen, nicht nur weil sie die materiellen Mittel in Händen hat, nicht nur weil diese Umformung nur das Produkt der Arbeit der Millionenmassen sein kann, sondern auch weil sie die metaphysische und idealistische Auffassung von der Natur abgestreift hat und die Natur als „zusammenhängendes Ganzes", als „Zustand unaufhörlicher Erneuerung und Entwicklung", als Übergang zu „qualitativen Veränderungen" begreift, weil sie in der Lage ist, die „Dialektik der Natur" zu erkennen und in sie aktiv einzugreifen (10).

Die junge Sowjetmacht hatte die „Geißel der Dürre" vom zaristischen Rußland geerbt. Rußland war der wichtigste Holzlieferant des imperialistischen Weltsystems. Raubbau und Kahlschlag, Unfähigkeit des Zarismus zur planmäßigen Wiederaufforstung, Eisenbahnbau und die Not des Bürgerkriegs hatten dazu geführt, daß weite Gebiete vor allem des europäischen Teils der UdSSR entwaldet wurden. Zerschluchtung und Abschwemmung des fruchtbaren Schwarzerdebodens, Flugsandbildung, Senkung des Grundwasserspiegels führten zur Zerstörung der traditionellen furchtbaren Gebiete im Südwesten der RSFSR, zu periodisch wiederkehrenden Dürren, Mißernten und damit Hungersnöten. Der Vormarsch der Steppe schien unaufhaltsam. Der Stalinsche Plan zur Umgestaltung der Natur ist deshalb häufig als *„Plan eines Großangriffs auf die Dürre"* (11) bezeichnet worden.

Doch er ist weit mehr: im Rahmen eines gigantischen Industrialisierungs- und Kollektivierungsprozesses, als ein Moment der proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaften vor allem der durch den Zarismus in Unterentwicklung gehaltenen Republiken, als ein Beitrag zum Abbau der schroffen Gegensätze zwischen Stadt und Land wurde das alte Rußland grundlegend verändert.

Stalins Initiative

Der Plan zur Umgestaltung der Natur umfaßt im wesentlichen drei Aspekte: die Anlage eines riesigen Systems von Waldschutzstreifen; den Aufbau eines Bewässerungs- und Kanalsystems; den Aufbau eines Netzes von gigantischen Kraftwerken an den aufgestauten Flüssen.

Am 28. Oktober 1948 nahm der Ministerrat der UdSSR auf Initiative Stalins den Beschluß *„über den Plan zur Anlage der Waldschutzpflanzungen, der Verankerung des Fruchtfolgesystems, die Anlage von Teichen und Kanälen zur Sicherung höherer und stabiler Ernten in den Steppen- und Waldsteppengebieten des europäischen Teils der UdSSR"* an (12). Dieses Gebiet umfaßte 160 Mill. ha.

In denselben Zeitraum fällt auch die Ausarbeitung des Jenisseij-Ob-Projektes des russischen Ingenieurs Dawydow, demzufolge die ausgedehnten Trockensteppen und Wüstengebiete der Turanischen Niederung mit Wasser aus den sibirischen Stromgebieten bewässert werden sollte unter Ausnutzung des Wasserüberflusses Westsibiriens. Darin war die Überflutung eines großen Teils der sibirischen Sumpftaiga vorgesehen. Die Entstehung dieses „sibirischen Meeres" hätte dazu geführt, daß einerseits die Entstehung der heißen Wüstenwinde erschwert, zum anderen mehr Feuchtigkeit nach Mittelsibirien transportiert worden wäre (13).

Beeindruckend ist jedoch nicht nur die Größenordnung des Stalinschen Plans: So zogen sich die staatlichen Schutzwaldgürtel in 8 facher Staffelung in einer Gesamtlänge von 5 300 km zwischen Ural und Kaspisenke hin. So sollten in der Zeit von 1949 bis 1955 44 228 Teiche und Staubecken angelegt werden, die den Kollektivwirtschaften sowohl zur Bewässerung wie Fisch- und Entenzucht dienen sollten. Die Wolga wurde zu einem See von 600 km Länge und 33 km Breite aufgestaut. Der Gesamtplan sollte bis 1965 verwirklicht werden, doch bereits bis 1952 war 1/3 des Waldaufforstungsplans bewältigt, bereits am 31.5.52 konnte der Wolga-Don-Kanal eröffnet werden. *„Bei den Werktätigen des Stalingrader Gebietes löste der Stalin-Plan eine solche Begeisterung aus, daß sie den auf 15 Jahre berechneten Plan der Waldschutzgürtel-Anpflanzungen für ihr Gebiet in sieben Jahren zu erfüllen vorschlugen"* (14). Überzeugend ist vor allem, daß dieser Plan die Massen ergreifen konnte, weil er die grundlegenden Interessen und den grundlegenden Standpunkt des Proletariats zur Umgestaltung der Natur formuliert und konzentriert hat. Dieser konnte nur im heftigen Kampf gegen die alten bürgerlichen Auffassungen von der „ewigen unveränderlichen Natur" durchgesetzt werden. Es ist daher kein Zufall, daß den Beschlüssen des Ministerrats die historische Tagung der Lenin-Akademie der Wissenschaften vorausging (August 1948), auf der die Marxisten-Leninisten eine radikale Abrechnung mit den Vertretern der bürgerlichen Biologie, Genetik und Agrarwissenschaft vornahmen.

Beherrschung der Natur durch die Erkenntnis ihrer Dialektik

Die Ursache der verheerenden Dürren waren zunächst die trockenen Winde aus dem Osten; sie fegten der Winterssat die schützende Schneedecke weg und verhinderten die Bodenbefeuchtung durch das frühjährliche Schmelzwasser. Im Sommer stießen die heißen, aus Mittelasien kommenden Ostwinde auf Fluren, die schutzlos der zerstörenden Wirkung der Steppenwinde preisgegeben waren.

Mit der Anlage der Waldschutzstreifen wurde eine Waffe geschaffen, um die Heftigkeit der Winde zu brechen, wurde ein riesiges natürliches Wasserreservoir angelegt, das einerseits den zerstörerischen Abfluß plötzlicher Regengüsse verhinderte, andererseits als ausgleichender Wasserspeicher fungierte. Die Sowjetmacht stützte sich bei der Bestimmung dieser Maßnahmen sowohl auf die Naturbeobachtung der Bauernmassen als auch auf die wissenschaftlichen Experimente, die bereits jahrzehntelang unternommen wurden, aber erst nach Errichtung der Diktatur des Proletariats genutzt werden konnten; dies betrifft vor allem die Experimente Dokutschajews (1846–1903) mit Waldschutzstreifen. Sein Werk wurde neu herausgegeben. Die Praxis zeigte, daß im Dürrejahr 1946 auf Fluren mit Schutzstreifen die Ernte 3 bis 4 mal über der Ernte auf Fluren ohne Schutzstreifen lag.

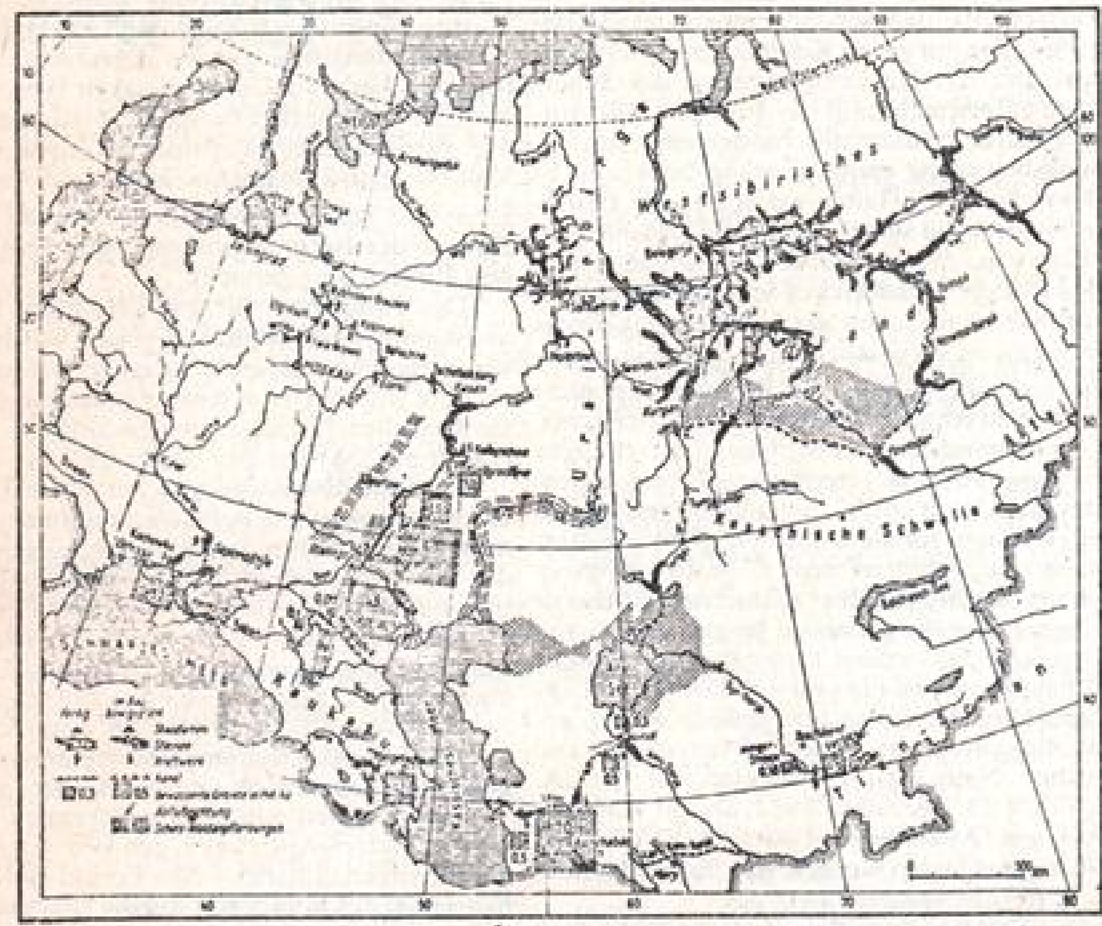
Ein weiteres typisches Kennzeichen der Versteppung war die systematische Verschlechterung des Bodens und der Bodenstruktur, so daß sie besonders anfällig wurden für Staubstürme und Zerschluchtung (Ovragi). Vor allem der Moskauer Agrarwissenschaftler W. Wiljams erkannte, daß die Bodenbildung nicht nur das Produkt eines geographisch-klimatischen Prozesses ist, sondern daß er verbunden ist mit der Evolution und Tätigkeit lebender Organismen, vor allem von Pflanzen. Bisher – vor allem seit Liebig – sah man die Ursache für den Verlust an Bodenfruchtbarkeit lediglich im Entzug mineralischer Substanzen, der auch durch den Fruchtwechsel nicht gestoppt werden konnte. Auf dieser Grundlage entwickelte er das „Grasfelder-System" (travopolnaja sistema), d.h. in die allgemeine Fruchtfolge ist die Aussaat mehrjähriger Gräser eingeschaltet. Deren biologisches Verhalten und Wurzelsystem fördert die Humusbildung und verbessert die Bodenstruktur, so daß dem Versteppungsprozeß eine weitere wichtige Grundlage entzogen ist (15).

Von nicht geringerer Bedeutung war die Eröffnung der Kritik an den Vertretern der Vererbungslehre Mendels, Morgans und der „Neo-Darwinisten". Ihre „Theorie", daß sich neue Arten von Tieren und Pflanzen nur spontan und evolutionär, durch Zufall und natürliche Selektion herausbilden, hatte bereits der Begründer der materialistischen russischen Pflanzenzucht, Mitschurin (1855–1935), einer theoretischen Kritik unterzogen und den praktischen Beweis geliefert, daß es durch Einwirkung des Menschen möglich ist, *„jede Tier- und Pflanzenform zu zwingen, sich rascher zu verändern, und zwar in der vom Menschen gewünschten Richtung"* (16).

Die metaphysische Auffassung der Mendelianer und Neodarwinisten hinderte die Sowjetmacht, an die Zucht von Pflanzen-, Getreide- und Obstsorten heranzugehen, die den extrem unterschiedlichen klimatischen, Vegetations- und Bodenverhältnissen entsprachen. Durch den Sieg des Marxismus-Leninismus an der theoretischen Front gelang es, frostresistente Getreide- und Obstsorten, dem Wassermangel angepaßte Gräserarten zu züchten und damit riesige bisher ungenutzte Gebiete dem sozialistischen Aufbau zu erschließen.

Der Sieg der proletarischen Linie über die „Autoritäten" der Bourgeoisie schloß auch den Bruch mit der bisherigen Forschungspraxis mit ein. Die Wissenschaftler verlegten ihre Laboratorien auf die Versuchstationen in den Neulandgebieten und auf die Großbaustellen an Don, Wolga und im Ural. Systematisch wurden die Erfahrungen der Bauern zusammengefaßt und studiert, wie umgekehrt Zehntausende von Bauern in dieser Zeit zu roten Spezialisten herangebildet wurden.

All diese großartigen Ergebnisse sind nur denkbar auf der Grundlage der revolutionären Mobilisierung der Massen durch die KPdSU Lenins und Stalins, die Ende der 40er Jahre die vehementen Vorstöße des Rechtsopportunismus und Revisionismus, vor allem im Überbau energisch bekämpfte und niederrang. Die Revisionisten, die auf dem Gebiet der Ökonomie, Philosophie, Literatur, Kunst und Naturwissenschaft vor der Bourgeoisie kapitulierten, wurden schonungslos bekämpft. Die Fortführung des Klassenkampfes durch die KPdSU war die Bedingung für die historische Initiative des sowjetischen Proletariats. Der „große Stalin-Plan zur Umgestaltung der Natur" gehört jedoch der ganzen internationalen Arbeiterklasse und der gesamten fortschrittlichen Menschheit. Sein Werk wird heute fortgesetzt durch die chinesischen Arbeiter und Bauern unter Führung Mao Tsetungs, die in einem Vierteljahrhundert China ein neues Antlitz gegeben haben.



Großbauten und Großplanungen zur Umgestaltung der Natur in der UdSSR: Die Karte zeigt die Schutzwald- und Feldschutzanpflanzungen, die Großbauten an Dnjepr und Wolga, den Turkmenischen Hauptkanal, weiter die Projekte der Groß-Wolgaplanung und des Dawydow-Planes, sowie zahlreiche Bewässerungsflächen in Steppen- und Wüstengegenden.

Anmerkungen

1) Stalin, Werke Bd. 6, S. 246
2) Vgl. R.Medvedev, Kniga o socialisticeskoj demokratii, S. 14/15
3) Ju. G. Sauskin, Velikoe preobrazovanie prirody Sovetskogo Sojuza, Moskva 1952, S. 59
4) Vgl. SPIEGEL 15/76, S. 140
5) Kurzer Lehrgang zur Geschichte der KPdSU(B), S. 151
6) ebd., S. 148
7) Marx, Kapital Bd. I, S. 528
8) Marx, Kapital Bd. III, S. 828
9) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus, Peking 1972, S. 2/3
10) Stalin, zit. nach Kurzer Lehrgang, S. 133
11) Einheit 6/1951, H. 1, S. 1542
12) Sauskin, a.a.O., S. 59
13) Atomenergie im Kapitalismus – eine Gefahr für die Massen, Broschüre des KSV, Köln 1976, S. 84
14) Einheit, a.a.O.
15) Vgl. E. Buchholz, Der Kampf gegen die Dürre in der Sowjetunion, Hamburg-Reinbek, Januar 1950, S. 21
16) Vgl. M. Schmidt, Mitschurin, Leben und Werk, Berlin 1949

Aus: Dem Volke dienen Mai 1976

Fortsetzung v.S. 16

ANGOLA

freiungskampf unterstützt hat und zwar gerade über die MPLA. Unsere Beziehungen zur Volksrepublik China existieren nicht erst seit einem [illegible], auch nicht seit einigen Jahren, sondern fast [illegible] Anfang unseres bewaffneten Kampfes hat sich China bereit gefunden, einigen unserer militärischen Einheiten bei der militärischen Ausbildung Unterstützung zu gewähren. China hat uns materiell in jeder Hinsicht unterstützt."

Dann sagte Lucio Lara, der gerade von einem Besuch der Volksrepublik China zurückkam: „Wir waren zufrieden zu hören, daß China großes Interesse zeigt an der Aktionseinheit, die sich zwischen den drei Befreiungsbewegungen abzeichnet. China erklärt sogar, daß es alles in seinen Möglichkeiten liegende tun will, damit diese Aktionseinheit wirklich zustandekommen kann. Da die Chinesen mit allen drei Befreiungsbewegungen Beziehungen unterhalten, sind wir der Ansicht, daß das eine sehr positive Haltung ist."

Warum sollten die Volksrepublik China und die Marxisten-Leninisten ihren Standpunkt ändern, nur weil die Spaltungsversuche der Sozialimperialisten vorübergehend zu einem Erfolg geführt haben und der Sozialimperialismus durch einen mörderischen Krieg seine Oberherrschaft auf Angola auszudehnen versucht? Was Lucio Lara seinerzeit gesagt hat, bleibt richtig. Die Revisionisten dagegen versuchen, die Verbrechen des Sozialimperialismus zu decken, indem sie so tun, als hätte es die Einheit der Befreiungsbewegungen nie gegeben und als wäre sie nie von allen fortschrittlichen Kräften der Welt, einschließlich der MPLA, begrüßt worden.

Die vierte Lüge des KBW soll darin bestehen, „der Sowjetunion ‚imperialistische und neokolonialistische Ziele' zu unterschieben."

Was gibt es da zu unterschieben? Die Sowjetunion hat stets behauptet, sie häte Angola gegen die südafrikanische Aggression unterstützt. Warum sind dann die russischen Waffen und „Berater" sowie die vom Sozialimperialismus beigeschafften kubanischen Truppen bereits vor den südafrikanischen Truppen ins Land gekommen, warum haben diese Truppen die beiden anderen Befreiungsorganisationen geschlagen, die südafrikanischen Truppen aber ruhig im Land stehen lassen und warum sind sie heute noch im Land, nachdem die Südafrikaner unter dem Druck der afrikanischen Völker und der Weltöffentlichkeit Angola schleunigst verlassen mußten? Warum hat die Sowjetunion erst dann schwere Waffen und Söldnertruppen ins Land geschickt, nachdem durch den bewaffneten Kampf der Befreiungsbewegungen und ihre Einigung das Schicksal des portugiesischen Kolonialismus bereits besiegelt gewesen ist?

Die Antwort ist leicht: Die Sowjetunion ist nicht nach Angola gekommen, um die Unabhängigkeit Angolas gegen die südafrikanischen Rassisten zu verteidigen, sondern um unter dem Vorwand der Unterstützung der MPLA Angola in ihr Einflußgebiet zu verwandeln. Die Absichten der Sowjetunion unterscheiden sich kein Härchen von den Absichten der südafrikanischen Rassisten und ihrer US-imperialistischen und sonstigen Hintermänner. Die Sowjetunion war lediglich schneller.

Angola ist ein reiches Land und seine strategische Bedeutung ist groß. Man kann gut verstehen, daß die sozialimperialistische Sowjetunion nicht die Unabhängigkeit, sondern die Abhängigkeit Angolas will. Sehr schnell hat die Sowjetunion die Rechnung für ihre „Unterstützung" aufgemacht. Von der MPLA hat sie verlangt, daß russische Truppen die Bewachung des Flughafens von Luanda übernehmen müßten, um die russischen Transporte zu sichern. (Africa, Dezember 1975) Dafür, daß die MPLA die Sowjetunion ins Land gelassen hat, wird die Sowjetunion das angolanische Volk bluten lassen, wie sie das ägyptische Volk hat bluten lassen, bevor Ägypten diese Imperialisten aus dem Land gejagt hat. Ihre Waffenlieferungen wird sich die Sowjetunion bezahlen lassen, wie sie Ägypten und Indien dafür bezahlen läßt. Was es bedeutet, in die Abhängigkeit der Sowjetunion zu kommen, dafür ist ein Beispiel die jüngste einseitige Abwertung der indischen Rupie zugunsten des Rubels, um durch diese die Schulden Indiens um mehr als ein Drittel, das heißt über 4 Milliarden Rupien, zu erhöhen. (Blick durch die Wirtschaft, 9.4.1976) Dafür ist Kuba selbst ein Beispiel, dessen Truppen heute für die Sowjetunion in Angola stehen. Unter dem Vorwand der „internationalen Arbeitsteilung" hat die Sowjetunion den monokulturellen Charakter des „Zuckerlandes" Kuba verstärkt, das Land in Schulden getrieben, die es jetzt mit Menschen abtragen soll. Durch und durch neokolonialistisch und imperialistisch hat sich die Sowjetunion gegenüber der OAU aufgeführt, als sie z.B. den Präsidenten Ugandas, Vorsitzenden der OAU, zur Anerkennung der MPLA-Regierung zwingen wollte, so daß Amin schließlich mit dem Hinauswurf der SU-Berater aus Uganda drohte, wenn die Einmischung nicht aufhört. (Süddeutsche Zeitung, 11.11.1975) Die kubanischen Truppen aber will die Sowjetunion als ihre Söldner in Angola halten.

Die „fünfte und schmutzigste Lüge der KBW-Führer liegt in der Gleichsetzung der kubanischen Revolutionäre, die an der Seite der MPLA kämpfen, mit dem vom CIA bezahlten Söldnergesindel von FNLA und UNITA", sagen die Revisionisten.

Aber nicht wir haben irgendetwas gleichgesetzt, sondern die kubanischen Truppen haben sich durch die Sowjetunion und den Einsatz in Angola auf die Stufe von Söldnern setzen lassen, die sich in nichts Wesentlichem von den Söldnern der USA unterscheiden, in allem aber von den angolanischen Kämpfern, die für Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes kämpfen.

Die Revisionisten vergleichen die kubanischen Söldnertruppen mit den Angehörigen der internationalen Brigaden im Kampf der spanischen Republik gegen die faschistische Aggression.

Das ist ein schamloser Vergleich, der sowohl die spanische Republik als auch die Internationalen Brigaden tief beleidigt. Die kubanischen Truppen sind von der Sowjetunion eingesetzt worden, um die FNLA und die UNITA zu vernichten, die sich mit der MPLA bereits geeinigt hatten, um gemeinsam die Unabhängigkeit Angolas zu sichern. Läßt man den Vergleich gelten, dann kann man die kubanischen Söldnertruppen keineswegs mit den Internationalen Brigaden vergleichen, sondern höchstens mit den italienischen und deutschen faschistischen Interventionstruppen in Spanien. Breschnew aber kann man dann nicht mit Stalin vergleichen, sondern nur mit Hitler. Die Revisionisten sollten sich nicht auf das Feld historischer Vergleiche begeben. Diese Vergleiche schlagen gegen sie aus.

Inzwischen beginnen sich die kubanischen Truppen in Angola als Besatzertruppen einzurichten. Die Zeitschrift „Jeune Afrique" vom April 1976 berichtet:

„Wenn die kubanische Armee sehr gut empfangen worden ist, wo die MPLA gut verankert ist und ein großes Prestige genießt, d.h. in den Städten und in Luanda, so ist die Wirklichkeit auf dem Land ganz verschieden."

Wie das Land in Abhängigkeit zu geraten beginnt, zeigt folgender Bericht derselben Zeitschrift:

„Dank ihrer außerordentlichen Disziplin bildet die kubanische Armee heute das Rückrat der MPLA-Verwaltung."

„Eine Sache scheint sicher: Die Kubaner werden nicht weggehen."

Die Zeitschrift zeigt dafür durchaus Verständnis. Die Frage ist, ob die angolanischen Bauern für diese neuen Siedler Verständnis zeigen werden. Kein Wunder, daß sich auch in der MPLA der Widerstand gegen die Sowjetunion und die kubanischen Berater verstärkt. (Guardian, 3.4.1976)

Die Tatsachen beweisen: Die angeblichen Lügen des KBW bestehen in der schlichten Wahrheit: Die Sowjetunion hat alles daran gesetzt, um die Einheit der angolansichen Befreiungsbewegungen zu zerstören, die eine gegen die beiden anderen aufzurüsten, Angola in einen Bürgerkrieg zu stürzen und im Verlaufe dieses Bürgerkriegs Angola in ihr Einflußgebiet zu verwandeln. Sie hat die MPLA in ein Abenteuer getrieben, das sie gestützt auf die eigene Kraft niemals bestehen konnte und das auch nicht im Interesse des angolanischen Volkes gewesen ist. Jetzt ist die Sowjetunion im Land und die SU-„Berater" und die kubanischen Truppen haben sich eingerichtet. Die Wahrheit ist: Genauso wie das angolanische Volk die portugiesische Kolonialherrschaft zerschlagen mußte, wird es die Vorherrschaft der Sowjetunion zurückschlagen müssen. Das ist die schlichte Wahrheit, die keinerlei „offene Briefe" der Revisionisten werden verdecken können. Umgekehrt: Je mehr sie „offen" herauslassen, desto besser. – (js)

KVZ 15/76

Gegen jede imperialistische Einmischung in Angola

Wir drucken hier einen Artikel aus der KVZ (Kommunistische Volkszeitung, dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland) ab. Der Artikel faßt in systematischer Weise die Ansichten der Marxisten-Leninisten zu den Vorgängen in Angola zusammen.

Wir veröffentlichen diesen Artikel, weil auch in Österreich in der antiimperialistischen Bewegung große Unklarheiten über diese Frage bestehen, Unklarheiten, die bewußt von der Allianz der Reformisten, Revisionisten und Trotzkisten gefördert werden.

Es stellt sich heute mehr und mehr heraus, daß nur eine eindeutige Stellung zu den Hegemoniebestrebungen des sowjetischen Sozialimperialismus ausreichende Grundlage für die Unterstützung der Völker der Welt in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Neokolonialismus und das Hegemoniestreben der beiden Supermächte sein kann. Dem dient der folgende Artikel.

Es ist überhaupt nichts Neues in der Geschichte, daß aufstrebende kolonialistische und imperialistische Mächte unter Behauptung, die natürlichen Verbündeten von Unabhängigkeitsbewegungen zu sein, ihre kolonialistischen und imperialistischen Konkurrenten auszuschalten versuchen, um als neue Ausbeuter und Unterdrücker an ihre Stelle zu treten. So hat England die südamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen gegen Spanien „unterstützt", um sich in Südamerika festzusetzen. So haben die USA Revolten gegen die englische Vorherrschaft „unterstützt", um ihre Vorherrschaft in Südamerika zu errichten. Als die europäischen imperialistischen Mächte China zu kolonialisieren begannen, haben die USA die Politik der „offenen Tür" vertreten, um ihren Konkurrenten den Rang um die Vorherrschaft Chinas abzulaufen. Der deutsche Imperialismus hat während des Zweiten Weltkrieges die Unabhängigkeitsbestrebungen im Iran wie in Irland „unterstützt", um den britischen Imperialismus zu schwächen und sich an seine Stelle zu setzen. Nach dem Zweiten Weltkrieg sind die USA in Asien und Afrika als Helfer für die Unabhängigkeit aufgetreten, um den französischen und britischen Kolonialismus durch ihren Neokolonialismus zu ersetzen. Sie haben unter dem Vorwand der „Unterstützung" versucht, Befreiungsbewegungen zu infiltrieren, um nach der Unabhängigkeit einen Stützpunkt zu haben. Auch gegenüber dem portugiesischen Kolonialismus haben die USA noch zeitweise diese Taktik eingeschlagen, bevor sie in der Hauptsache darauf setzten, über die portugiesische Kolonialmacht und ihre Verteidigung in die portugiesischen Kolonien einzudringen. Das imperialistische Manöver, Unabhängigkeitsbestrebungen zu „unterstützen", um nach Vertreibung des imperialistischen Konkurrenten die eigene Herrschaft zu errichten, ist überhaupt nichts Neues.

Als 1898 das kubanische Volk kurz vor dem Sieg im Kampf gegen den spanischen Kolonialismus stand, haben sich die USA eingemischt und unter dem Vorwand, dem kubanischen Volk gegen den spanischen Kolonialismus zu helfen, dem kubanischen Volk den Sieg geraubt und Kuba in eine amerikanische Neokolonie verwandelt.

Es ist nichts Originelles, wenn der sowjetische Sozialimperialismus zu denselben Tricks greift, um seine Weltherrschaftspläne voranzubringen und in seiner Rivalität mit der anderen Supermacht die Oberhand zu gewinnen. Neu ist bloß, daß die Sowjetunion sich dabei des Sozialismus in Worten bedient, um diese imperialistischen Taten abzudecken. Das ist ein bedeutender Vorteil der sozialimperialistischen Supermacht in ihrer Rivalität mit der anderen Supermacht. Sp ätestens durch ihren Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk und ihre schändliche Niederlage ist den USA die Maske der „Friedensmacht" endgültig heruntergerissen worden. Als jüngere imperialistische Macht hat der Sozialimperialismus Vorteile. Trotz seiner Verbrechen, zum Beispiel die Aggression gegen die CSSR, die Aggression gegen Pakistan gestützt auf Indien, die Sabotage des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes, wird der Sozialimperialismus noch nicht vollständig durchschaut.

Überall in der Welt sind die Revisionisten am Werk, die Einmischungen und Aggressionen des Sozialimperialismus als sozialistische Befreiungstaten preisen. Sie begleiten die Angriffe des Sozialimperialismus auf die Unabhängigkeit der Völker mit dem politischen Angriff auf jeden, der den Sozialimperialismus entlarvt und bekämpft. Wie die Sozialimperialisten behaupten, ihre Aggressionen bedeuteten eine „Unterstützung" des Befreiungskampfes der Völker, so behaupten die Revisionisten aller Welt, die Entlarvung des Sozialimperialismus bedeute eine Unterstützung des Imperialismus.

Da sich die Völker nicht von diesem oder jenem Imperialismus befreien wollen, sondern von jeder imperialistischen Herrschaft, wird der Sozialimperialismus in seinem Streben nach Weltherrschaft zwangsläufig scheitern und werden die Revisionisten immer besser als Handlanger des Sozialimperialismus durchschaut werden. Um so verbissener ihr Kampf gegen die Marxisten-Leninisten, die jeden Imperialismus entlarven, gerade auch die sozialimperialistische Supermacht, die unter dem Deckmantel des Sozialismus ein besonders heimtückischer Feind der Völker ist.

Die DKP hat jetzt durch ihren Studentenbund, MSB Spartakus, einen „Offenen Brief an die Mitglieder und Anhänger des ‚KBW' zu Angola" veröffentlichen lassen. Darin enthüllt sie die „Lügen" des KBW. In Wirklichkeit enthüllt sie ihre Rolle bei der Absicherung der sozialimperialistischen Aggression gegen die Unabhängigkeit Angolas. Der Brief faßt die Argumente des Kommunistischen Bundes (Nord) systematisch zusammen.

Die erste Lüge des KBW bestehe darin, FNLA und Unita als „Befreiungsbewegungen" zu bezeichnen und als solche zu unterstützen.

Tatsache ist, daß wir die Einheit der Befreiungsbewegungen gegen Kolonialismus, Imperialismus und das Hegemoniestreben der Supermächte unterstützen und uns nicht zum willkürlichen Richter darüber aufschwingen, welche Befreiungsbewegung eine Befreiungsbewegung ist und welche nicht. Halten wir uns an die Befreiungsbewegungen selber und an die Organisation Afrikanischer Staaten (OAU), die Organisation, in der sich die afrikanischen Staaten zusammengeschlossen haben, um die Unabhängigkeit des Kontinents zu verwirklichen. Es gibt historische Tatsachen, die können die Revisionisten nicht aus der Welt schaffen. Zu diesen Tatsachen gehören die mannigfachen Vereinigungsbestrebungen der angolanischen Befreiungsorganisationen. Unterstützt man diese Einigungsbestrebungen, um den Kampf für die Unabhängigkeit zu unterstützen oder sabotiert man diese Einigungsbestrebungen, um sich selber einzumischen? Das ist die Frage. Die Revisionisten leugnen gleich von vornherein, daß es diese Einigungsbestrebungen überhaupt gegeben hat und daß sich die drei angolanischen Befreiungsbewegungen selber gegenseitig anerkannt haben. Zitieren wir also Agostino Neto, den Präsidenten der MPLA. Nach dem 13. Dezember 1972, als mit Hilfe der OAU ein Abkommen zwischen FNLA und MPLA geschlossen worden war, führte Neto in einem Bericht vor der OAU aus:

„Der Feind hat den Sinn und die Wichtigkeit der Abkommen vom 13. Dezember begriffen. Er, der immer schnell dabei ist, die wichtigsten Vorkommnisse, die sich in Afrika ereignen, zu ironisieren, hat diesmal keinen einzigen Kommentar zu dem entscheidenden Schritt von Kinshasa abgeben können. Unsere Bewegung, unser Volk können sich nur freuen über diesen Sieg. Jene, die in Kinshasa oder Brazzaville, in Sambia oder Tansania sowie in anderen afrikanischen und nicht afrikansichen Ländern gefeiert, getanzt haben und vor Freude in die Luft gesprungen sind, begreifen gut, daß unser Kampf während der jetzt fast zwölf Jahre sich nur deshalb verzögert hat, weil es uns an der Einheit in der Aktion gefehlt hat."

Nach der gemeinsamen Grundsatzerklärung von FNLA, MPLA und UNITA im Januar 1975 in Mombasa, durch die sie sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die portugiesische Kolonialmacht einigten und damit alle Spaltungsversuche der verschiedensten imperialistischen Mächte zunichte machten, mußte Portugal den drei Befreiungsbewegungen gegenüber im Vertrag von Alvor die Unabhängigkeit Angolas zugestehen und die drei Befreiungsbewegungen als die „einzig legitimen Vertreter des angolanischen Volkes" anerkennen. Dieser Erfolg ist durch die Einheit errungen worden. Neto hat damals die Einheit der Befreiungsbewegungen als Grundlage für den Sieg genannt:

„Das Fundament für den Erfolg des Befreiungskampfes ist schließlich gelegt worden und wir werden niemals mehr zulassen, daß untergeordnete Differenzen von unseren Feinden in ernste Ursachen für Streit umgewandelt werden." (zitiert nach Africa, November 1975)

Bevor die Einmischungen der beiden Supermächte die Spaltung der Befreiungsbewegungen herbeigeführt haben, indem sie und insbesondere der Sozialimperialismus alles daran gesetzt hatten, die „untergeordneten Differenzen in ernste Ursachen für Streit" umzuwandeln, haben die drei Befreiungsbewegungen im Juni 1975 noch einmal eine Einigung zustandegebracht, bei der sich FNLA, MPLA und UNITA gegenseitig als Bestandteil der „Befreiungsbewegung von Angola" anerkannten. (Nakuru-Abkommen)

Warum hätten wir nicht anerkennen sollen, was die Befreiungsbewegungen von Angola selber entschieden haben? Nur Feinde der Unabhängigkeit des Volkes von Angola können so verfahren, daß sie nach jeder Einigung der Befreiungsbewegungen alles daran setzen, sie wieder zunichte zu machen, indem sie zwei der drei Befreiungsbewegungen als konterrevolutionär diffamieren und der dritten als „einzig revolutionären" Bewegung Waffen liefern. So ist die Sowjetunion vorgegangen. Das wird nicht einmal von ihr selber bestritten. Die DKP-Revisionisten behaupten heute sogar, „diese angebliche ‚Einheit' zwischen MPLA und den imperialistischen Marionetten hat nie existiert. Was es gab, war ein Waffenstillstandsabkommen".

Die zweite Lüge des KBW bestehe darin, „daß die KBW-Führer von der ‚Einheit Angolas' faselten – sie meinten die ‚Einheit' von MPLA, FNLA und UNITA –, die durch die Sowjetunion zerstört worden sei."

Kann man deutlicher zum Ausdruck bringen, daß man von Anfang an gegenüber der Einheit der Befreiungsbewegungen auf die Spaltung gesetzt hat? Alle Abkommen der Befreiungsbewegungen wie auch der Vertrag von Alvor werden von den Revisionisten so behandelt, als hätte es sie nie gegeben und wären sie noch nicht einmal Papier gewesen. Daß die Revisionisten diese Abkommen hassen, liegt daran, daß diese Abkommen, wie Neto richtig sagte, gegen die Feinde Angolas gerichtet waren. Die Feinde Angolas mußten versuchen, diese Abkommen zu zerstören und die Revisionisten aller Länder haben das als fortschrittliche Tat gepriesen.

Die dritte Lüge bestehe darin, „daß die KBW-Führer den Eindruck zu erwecken versuchten, der chinesische Standpunkt von den ‚drei Befreiungsbewegungen' und der ‚Einheit Angolas' würde von den antiimperialistischen Kräften in aller Welt geteilt."

Die Revisionisten wollen davon ablenken, daß sie die Befreiungsbewegungen gespalten haben und die antiimperialistische Bewegung teilweise in die Irre führen konnten. Die teilweisen Erfolge ihrer Spaltungstätigkeit wollen sie gegen den prinzipiellen Standpunkt der Marxisten-Leninisten ausspielen, daß Imperialismus und Sozialimperialismus von den unterdrückten Völker nur in einer Einheitsfront für Unabhängigkeit und nationale Befreiung besiegt werden können.

Zum Standpunkt der Volksrepublik China hat Lucio Lara, Mitglied des Politbüros der MPLA, in einem Interview mit der algerischen Zeitung „Eld Moudjahid" noch am 7. Juni 1975 folgendes gesagt:

„China ist eines der ersten Länder, das den Be-

Fortsetzung S. 15



Das Land wurde von den Supermächten in den Bürgerkrieg gestürzt. Flüchtlingselend in Luanda.